

# **HOCHSCHULE MITTWEIDA – ROSSWEIN (FH)**

Fakultät Soziale Arbeit

## **Bachelorarbeit**

**Sommersemester 2011**

### **Thema in Deutsch**

**Bestandsaufnahme der Jugendhilfeplanung für freie Träger der  
Kinder- und Jugendarbeit in Dresden und die mögliche Umsetzung  
in Leipzig**

### **Thema in Englisch**

**Inventory of youth welfare service planing for child and youth work  
providers in Dresden for a conceivable realisation in Leipzig**

Eingereicht von: Jan Hochheim, [jhochhei@hs-mittweida.de](mailto:jhochhei@hs-mittweida.de)

Matrikel: 20787, Jan Hochheim

Erstleser: Herr Prof. Dr. Wöhrle

Zweitleser: Frau Dipl. Michael

Abgabe- Datum: 25.07.2011

## Inhalt

1. Einleitung.....	4
2. Geschichtlicher Abriss des KJHG.....	5
3. Jugendhilfeplanung.....	7
3.1. Theorie.....	7
3.2. Praxisbezug.....	9
4. Stand der Jugendhilfeplanung in Sachsen.....	12
4.1. in Dresden .....	15
4.1.1. Programmatische Jugendhilfeplanung – Rahmenkonzeption .....	19
4.1.2. Dresdner Wirkungszielkatalog für die Kinder- und Jugendhilfe.....	22
4.1.3. Abschlussbericht zur Evaluation der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit in Dresden .....	25
4.3. in Leipzig .....	31
4.2.1. Freizeit in Leipzig 2006 .....	33
4.2.2. Fachplan Kinder- und Jugendförderung .....	34
4.2.3. Aktueller Stand zur Fortschreibung des Teilfachplan Kinder- .....	36
und Jugendförderung .....	36
5. Zusammenführung und Schlussfolgerungen.....	38
6. Handlungsempfehlungen .....	41
Anlage 1.....	45
Anlage 2.....	46
Anlage 3.....	48
Anlage 4.....	48
Anlage 5.....	49
Anlage 6.....	49
Anlage 7.....	50
Anlage 8.....	50
Anlage 9.....	51
Anlage 10.....	51
Anlage 11.....	52
Anlage 12.....	53
Anlage 13.....	53
Anlage 14.....	54
Anlage 15.....	55
Literaturverzeichnis.....	56
Internetquelle.....	57

Rechtsquellen .....	58
Selbstständigkeitserklärung .....	59

## 1. Einleitung

Die Jugendhilfeplanung ist ein Feld, welches ständigen Veränderungen ausgesetzt ist. Die Fortschreibung empfiehlt sich aller fünf Jahre sie sollte sich dabei an die mittelfristigen Finanz- und Haushaltsplanungen anlehnen (Vgl. Oberloskamp/Bosch 2007, S. 98)

Sozialräumliche Aspekte und Sozialisationsbedingungen ändern sich stetig. Das wirkt sich zum Beispiel auf Bildungsfragen aus und den daraus resultierenden Chancen für die persönliche Zukunft, aber auch auf den Umgang mit Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und deren Kulturen. Daraus kann sich ein verändertes Sozialisationsverständnis entwickeln und daraus neu entstehenden Problematiken muss durch eine neue Fortschreibung von Jugendhilfeplanung oder Teilfachplänen begegnet werden.

Das KJHG bildet die gesetzliche Grundlage, auf der das Jugendamt und die öffentlichen- und freien Träger der Kinder und Jugendhilfe tätig sind. Dieses hält in § 80 Absatz 1 bezüglich der Jugendhilfeplanung fest „... den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Personensorgeberechtigten für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln und ... die zur Befriedigung des Bedarfs notwendigen Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zu planen; dabei ist Vorsorge zu treffen, dass auch ein unvorhergesehener Bedarf befriedigt werden kann“ (§ 80 KJHG). Verschiedene Faktoren, zum Beispiel die direkten Sozialisations- und Umwelteinflüsse sind somit Bestandteil in der Jugendhilfeplanung, welche mit einzubeziehen sind. Dadurch wird die starre Form von Paragraphen entsprechend fallorientiert aufgeweicht. Es kann daher keine standardisierte, allgemeingültige Jugendhilfeplanung für alle Kreise und Gemeinden entwickelt werden.

Für solch einen Fall gilt der Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes. „Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“ (Artikel 28 Abs. 2 S. 1 Grundgesetz).

Jedoch glaube ich, dass aus den positiven und negativen Erfahrungen einzelner Jugendhilfeplanungen gelernt werden kann, beziehungsweise auch einzelne Aspekte aus anderen Städten bedarfsgerecht genutzt werden können.

Um dieser These nachzugehen, wird in der vorliegenden Arbeit ein Vergleich der Jugendhilfeplanung zwischen Dresden und Leipzig vorgenommen. Diese beiden Städte sind nach der Bundeshauptstadt die zwei größten ostdeutschen Städte.

Diese Arbeit soll Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen sein. In der Arbeit wird auf Grund der begrenzten Ressourcen lediglich die Kinder- und Jugendhilfe nach §§ 11 – 14 KJHG dargestellt. Ein weiterer Ansatzpunkt wäre, einen Vergleich mit und unter den ländlichen Regionen vorzunehmen, weil gerade diese ihre Planung über „große Grenzen“ hinweg gestalten müssen.

Des Weiteren wäre ein Vergleich mit westdeutschen Städten notwendig. Auf Grund der geschichtlichen Umstände, hat sich zum Beispiel die westdeutsche Bevölkerung intensiver mit dem Zusammenleben mit Migranten auseinander setzen können und müssen, als es der ostdeutschen Bevölkerung möglich war. In der DDR gab es Asylberechtigte und wegen dem Mangel an Arbeitskräften auch angeworbene Arbeitskräfte aus anderen Ländern. Diese lebten sehr häufig separiert von der restlichen ostdeutschen Bevölkerung. Vermutlich muss deswegen in Ostdeutschland ein höherer (Planungs-)aufwand im Bereich der Migrationsarbeit geleistet werden. Migranten sind Bestandteil der deutschen Bevölkerung und sie prägen die Vielseitigkeit von Deutschland mit.

Bei meiner Auseinandersetzung mit dem Thema Jugendhilfeplanung, hab ich mit zwei Trägern aus Dresden und Leipzig Interviews geführt. Diese befinden sich in der Anlage eins und zwei. Die Interviews habe ich mit zwei Trägern aus Dresden und Leipzig gemacht. Diese beiden Träger haben entweder freie Träger unter sich oder sind ein öffentlicher Träger. Somit sind deren Aussagen durchaus als repräsentativ einzustufen, da davon auszugehen ist, dass für das Wohl der Kinder und Jugendlichen gearbeitet wird. Meine Fragen an diese Träger haben sich aus der Ausarbeitung mit dem Thema zur Jugendhilfeplanung ergeben. Die Antworten habe ich sinngemäß wiedergegeben und können deswegen auch zu Fehlinterpretationen geführt haben.

## **2. Geschichtlicher Abriss des KJHG**

Die Entstehung der Jugendhilfe ist auf die 80er Jahre des 19. Jahrhunderts zurückzuführen. In der Zeit der Industrialisierung und somit der Zuwanderung in

Großstädte griffen die vorher typischen Sozialisationskontrollsysteme nicht mehr. Vor allem die männlichen Jugendlichen zeigten sozialuntypische Verhaltensweisen nach Beendigung der ersten Schulbildung. Es häuften sich Klagen über die Jugendlichen zu diesem Zeitpunkt, weil eine starke revolutionsähnliche Stimmung herrschte, vor allem gegenüber den Meistern in den handwerklichen Betrieben. Dieses delinquente Verhalten wurde vorzugsweise durch Zwangsarbeit bestraft. Um solche Verhaltensweise zu vermeiden, begann eine breite Diskussion, ob und wie weit der Staat in die privaten familiären Verhältnisse eingreifen darf. Durch die Einführung des BGB von 1900 wurde wegen der Einschränkung auf Eingriffe in die Familie ein Gesetz zur Fürsorgeerziehung eingeführt. Die Kinder und Jugendlichen konnten unter anderem wegen drohender Auffälligkeiten bis zur Volljährigkeit in die Zwangserziehung durch den Staat gezwungen werden, um wieder gesellschaftsfähig zu werden. In den 90er Jahren des 19. Jahrhundert haben sich aber auch Freizeitangebote, welche durch den Staat initiiert wurden, vorrangig für die männlichen Jugendlichen entwickelt (Vgl. Peukert/Münchmeier 1990, S. 5ff.).

Über die Auswirkungen auf das Verhalten durch die Zwangserziehung oder den defizitären Ansatz der Förderung von Freizeitangeboten wurden keine Aussagen getätigt. Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, welches 1922 verabschiedet wurde, beinhaltete eine Kontrollaufsichtsgewährung durch den Staat. Auf Grundlage dieses Gesetzes entstanden öffentliche Träger. Diese waren neben öffentlichen Aufgaben auch für den Beistand von Delinquenten bei gerichtlichen Verfahren und als öffentlicher Erzieher für die Zwangserziehung zuständig. Im Gegenzug wurden unter anderem verschiedene Programme entwickelt, um Sozialhilfe zu gewähren, beziehungsweise einheitliche Verfahrensregelungen im Bereich der Jugendhilfe zu entwickeln (Vgl. Peukert/Münchmeier 1990, S. 8ff.).

Durch dieses gesamte Netz ergab sich eine, für uns heute ersichtliche Heterogenität im Bereich der Kinder- und Jugendförderung. Im Laufe der folgenden Jahre entwickelte sich im Bereich der Jugendhilfelandchaft eine präventive Haltung. Ziel war dabei, intensiv auf die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen zu schauen, um delinquentes Verhalten zu vermeiden. Um diesem heterogenen Feld zu begegnen wurden vermutlich Planungen angestrebt, um Sicherheit für die Leistungsanbieter zu gewähren (Vgl. Peukert/Münchmeier 1990).

Aus meiner ausgewählten Literatur für diese Arbeit ist diese Vermutung nicht so explizit zu entnehmen. Jedoch glaube ich, dass dies ein Grund sein kann, weshalb die Jugendhilfeplanung vom Gesetzgeber eingeführt wurde.

Über die Jahre wurde aus dem dezentralen Ansatz und den verschiedenen Förderungen, sowie der präventiven Ansätze während der Zeit des Jugendwohlfahrtsgesetzes, das heutige Kinder- und Jugendhilfegesetz. Eingegriffen wird im Notfall zu Gunsten der Kinder und Jugendlichen heute noch, jedoch zeigt sich zum Beispiel durch den Bereich der Hilfe zur Erziehung, dass versucht wird mit den betreffenden Familien nach Möglichkeiten zu suchen, um Fehlverhalten entgegenzuwirken.

Der Bereich der Jugendhilfeplanung zum Beispiel zeigt auf, dass durch Mitwirkung der Fachkräfte der freien und öffentlichen Träger, der Politik und der Verwaltung und seiner partizipativen Mitgestaltung durch die Kinder und Jugendlichen für die Jugendhilfelandchaft eine günstige Entwicklung stattfinden kann.

### **3. Jugendhilfeplanung**

Eine sehr detaillierte und kurze Darstellung über die §§ 79 bis 81 SGB VIII zur Jugendhilfeplanung ist in der 11. Auflage des Buches Jugendhilferechtliche Fälle für Studium und Praxis von Oberloskamp und Brosch zu finden. Aus deren Sicht spiegeln die Paragraphen unter anderem flexible Planung, Bürgernähe und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis hin zur Mitbeteiligung in die Planungsprozesse der anerkannten freien Träger wider. Es zeigt sich, dass sich der theoretische Teil der Jugendhilfeplanung aus dem KJHG ableiten lässt. Im Folgenden soll es um die theoretische Darstellung der Jugendhilfeplanung und der daraus resultierenden praktischen Umsetzung anhand einer Studie von Stephan Maykus und Reinhold Schone aus dem Jahr 2009 gehen (Vgl. Oberloskamp/Brosch 2007, S. 97ff.).

#### **3.1. Theorie**

Der theoretische Aspekt der Jugendhilfeplanung ergibt sich aus dem KJHG. Unter § 79 Abs. 1 ist festgehalten, dass „die Träger der öffentlichen Jugendhilfe ... für die Erfüllung der Aufgaben nach diesem Buch die Gesamtverantwortung einschließlich

der Planungsverantwortung“ (§ 79 KJHG) haben. In Verbindung mit der Planungsverantwortung haben sie des Weiteren im Rahmen dieser Verantwortung „... den Bestand an Einrichtungen und Diensten festzustellen, ... den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Personensorgeberechtigten für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln und ... die zur Befriedigung des Bedarfs notwendigen Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zu planen; dabei ist Vorsorge zu treffen, dass auch ein unvorhergesehener Bedarf befriedigt werden kann“ (§ 80 Abs. 1 Ziff. 1 - 3 KJHG). Insbesondere die frühzeitige Einbeziehung in alle Phasen der Planung durch die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe und einer abgestimmten Mitwirkung womit sie „... den Bedürfnissen und Interessen der jungen Menschen und ihrer Familien Rechnung tragen“ müssen (§ 80 Abs. 4 KJHG) ist gesetzlich festgeschrieben. Neben der Einbeziehung der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe ergibt sich aus § 81 Abs. 1 KJHG, dass die öffentlichen Träger der Jugendhilfe mit allen sozialplanerischen „... Stellen und öffentlichen Einrichtungen, deren Tätigkeit sich auf die Lebenssituation junger Menschen und ihrer Familien auswirkt ... zusammenzuarbeiten“ (§ 81 Abs. 1 KJHG) haben. Diese Verpflichtung an den öffentlichen Träger wird auch von vielen Autoren, die sich in den letzten zwanzig Jahren mit dem Thema der Jugendhilfeplanung beschäftigt haben, als zusätzliche Handlungsempfehlung mit auf den Weg gegeben (Vgl. § 79ff. KJHG).

So zum Beispiel: Prof. Dr. Titus Simon (1998), Stephan Maykus und Reinhold Schone (2010) sowie auch Holger Gläss und Franz Herrmann (1994). Durch solch eine Zusammenarbeit sollen Entwicklungen, die zu Ungunsten „... junger Menschen und ihrer Familien ...“ (§ 80 Abs. 4 KJHG) geführt haben, vermieden werden. Titus Simon führt als Beispiel auf, dass die Hoffnung bei der Zusammenarbeit darin besteht, wenn diese mit dem Bauamt und der Politik, „... die frühzeitige Vermeidung jener Fehlentwicklungen, wie sie in einer Reihe von Neubaugebieten in Großstädten aufgetreten waren (... Köln-Chorweiler, Leipzig-Grünau...)“ (Simon 1998, S. 33) vermieden werden können. Das biografische Buch „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“ (Hermann/Rieck 2008) behandelt solche Entwicklungen, die unter anderem durch den Bau von Neubaugebieten und dem daraus gewachsenen sozial ungünstigen Wohnfeldbedingungen entstanden sind.



### 3.2. Praxisbezug

Nach dem das KJHG das Jugendwohlfahrtsgesetz abgelöst hatte, wurde unter anderem die Jugendhilfeplanung gesetzlich verpflichtend. Vor Einführung des KJHG und der Wende haben vor allem Jugendämter in den westdeutschen Bundesländern teilweise Jugendhilfeplanung betrieben. Aus Studien ist zu entnehmen, dass ca. 65% aller Jugendämter in den alten Bundesländern Jugendhilfeplanungen angestrebt haben. Jedoch seien diese Planungen sehr differenziert zu betrachten. Im Allgemeinen werden die Jugendämter als planende Stellen beschrieben. Seit der gesetzlichen Verpflichtung zur Planung hat sich aus neueren Studien ergeben, dass bis 1996 ein allgemeiner Anstieg auf 78% zu verzeichnen ist und in Großstädten 95,5% aller Jugendämter „... sich als planende Jugendämter“ (Maykus/Schone 2010, S. 15) bezeichnen konnten (Vgl. Maykus/Schone 2010, S. 15).

Im Zuge einer bundesweiten Erhebung vom Institut für soziale Arbeit Münster, mit dem formulierten Ziel die Verpflichtung zur Jugendhilfeplanung zu erforschen, wurde eine neue Studie veranlasst. Von den 604 angeschriebenen Jugendämtern haben sich 46,7% zurückgemeldet. Aus der Sicht der Forscher, wird bezüglich des Ergebnisses und der Rückläufe festgehalten, „... das sie ein realistisches Bild vom Stand der Jugendhilfeplanung in Deutschland ... wiedergeben“ (Maykus/Schone, 2010 S. 17). Von 149 Großstadtjugendämtern beschäftigten zwei Jugendämter aus Großstädten kein Planungspersonal. Somit kann in starrer Form geschlossen werden, dass ca. 98% aller Großstadtjugendämter sich mit der Jugendhilfeplanung und ihrer gesetzlichen Verpflichtung beschäftigen. Jedoch nur wenn den 46,7% Rückläufen 100% zu Grunde gelegt werden. Des Weiteren wird darauf aufmerksam gemacht, dass die 16 Jugendämter die kein Planungspersonal beschäftigten, nicht zwangsläufig keine Planung betreiben (Vgl. Maykus/Schone 2010, S. 15ff.).

Unter Punkt 3.1. wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die öffentlichen Träger zur „Erfüllung der Aufgaben ... die Gesamtverantwortung einschließlich der Planungsverantwortung“ (§ 79 KJHG) haben. Aus den Ergebnissen von Maykus und Schone von 2010 ist zu entnehmen, dass ca. 70% aller Jugendämter eine halbe bis ganze Planungsstelle (siehe Anlage 3) für die Jugendhilfeplanung pro Jugendamt zur Verfügung stehen haben. Des Weiteren sind ca. 40% (siehe Anlage 4) der Fachkräfte in den Jugendämtern zufrieden beziehungsweise sehr zufrieden mit den

Rahmenbedingungen unter denen sie ihre Aufgabe wahrnehmen und weitere 28,8% bewerten ihre Situation als befriedigend. Beide Ergebnisse zeigen auf, würden wieder den 282 Jugendämtern 100% zu Grunde gelegt werden, dass sich weit über 50% ihrer „... Gesamtverantwortung einschließlich der Planungsverantwortung“ (Zit. § 79 KJHG) bewusst sind und diese nach bestem Gewissen versuchen wahrzunehmen, denn gute Rahmenbedingungen aus Sicht des Fachpersonals lassen auf gewissenhafte Führung durch die Amtsleitung schließen (Vgl. Maykus/Schone 2010, S. 19f.).

In der Tabelle 8 (siehe Anlage 5) ist die Adressatenbeteiligung aufgeschlüsselt. *Jugend- und Elternbefragungen* oder *Runde Tische* sind Beispiele für die Beteiligungsform aus Sicht der Jugendämter. Diese Beteiligungsformen werden eher punktuell benutzt „... die Adressatenbeteiligung ... systematisch ... auf [einen] bestimmten Aspekt bezogen ...“ (Maykus/Schone 2010, S. 25), so eine befragte Planerin (Vgl. Maykus/Schone 2010, S. 25f.).

Die freien Träger werden aus Sicht der Jugendämter im Allgemeinen hoch bis sehr hoch an der Jugendhilfeplanung beteiligt (siehe Anlage 6). Jedoch unterscheidet es sich sehr stark auf die Handlungsfelder bezogen. Während bei der Mitwirkung in Gerichtsverfahren, Jugendhilfe und dem Gesundheitswesen nicht einmal 30% beteiligt werden, so sind es in den anderen Bereichen mindestens 57% und im Bereich der Tageseinrichtungen und der Jugendarbeit jeweils um die 88%. Betrachtet man die Anzahl derer die geantwortet haben, alleine im Bereich der Jugendarbeit, so haben 249 von 282 Jugendämtern geantwortet. Es sind also nicht nur die 15 Jugendämter die bei der gesetzlich vorgeschriebenen Planungsbeteiligung niemanden mit einbeziehen, sondern weitere 18 Jugendämter die auch die freien Träger vor Ort nicht in die Planung mit einbeziehen. Von den Tageseinrichtungen abgesehen, sinkt die Beteiligung der anderen Leistungsbereiche tendenziell (Vgl. Maykus/ Schone 2010, S. 26f.).

Die Datengrundlage für einen Planungsprozess ist durchschnittlich betrachtet eher mangelhaft. Im Bereich der allgemeinen Sozialstruktur ist das Vorhandensein von Daten noch mit gut bis befriedigend zu bezeichnen, was für alle anderen Bereiche nicht der Fall ist, da diese teilweise als mangelhaft und ungenügend zu betrachten sind. Ein nicht geringer Anteil von Jugendämtern besitzt zu einzelnen Datensätzen keine Daten. Die Anzahl dieser liegt je nach Datenthema manchmal nur bei 25% (Vgl. Maykus/ Schone 2010, S. 29f.).

Zusammenführend kann verallgemeinert werden, dass eine Planungsarbeit in Verbindung mit § 80 KJHG die eine Bestandsfeststellung, Bedarfsermittlung im Allgemeinen, Einbeziehung der freien Träger und der Adressatenbeteiligung erfordert, stattfindet. Jedoch sehr differenziert zwischen einzelnen Jugendamtstypen, die die Forscher untergliedert haben in kreisfreie Städte, Kreisjugendamt, Kreisangehörige Jugendämter und Jugendämter die keine Angabe diesbezüglich gemacht haben. Unabhängig dieser Untergliederung zeigt sich, dass die gesetzlich festgeschriebene Planungsverantwortung, die aus der Verbindung von § 79 KJHG entsteht, eher befriedigend bis mangelhaft ist und die Beteiligung der Adressaten erfolgt häufig eher punktuell und nicht systematisch (Vgl. § 79f KJHG & Maykus/ Schone 2010).

Aus dem § 81 KJHG ergibt sich, dass die öffentlichen Träger der Jugendhilfe mit anderen Einrichtungen, die mittel- und unmittelbar mit den Lebenssituationen von Kinder und Jugendlichen sowie deren Eltern zu tun haben, zusammen zu arbeiten haben. Diesbezüglich wurden Fragen an Planungsfachkräfte gestellt, mit wem die Planungsstellen die Planung abstimmen und welche Kooperationspartner sie haben. Es finden Planungsabstimmungen unter anderem mit Schulentwicklungsplanung, Bauleitplanung, Stadtentwicklung sowie anderen Planungen statt (siehe Anlage 7). Auch hier zeigt der Durchschnitt aller Jugendämter, die geantwortet haben, dass bis auf die Schulentwicklungsplanung mit 52,1% und die Stadtentwicklung mit 45,4% verallgemeinert lediglich ein Drittel bis ein Fünftel in anderen Planungsbereichen Abstimmungen tätigen. Auch hier ist wieder wie oben stark zu unterscheiden, ob es sich um Großstadtjugendämter handelt oder Kreisjugendämter. So zeigt sich Beispielsweise bei den Jugendämtern in den Großstädten, dass 56,3% sich mit der Bauleitplanung abstimmen, während es nur 13,8% aller Kreisjugendämter tun (Vgl. Maykus/ Schone 2010, S. 24).

Dagegen ist die Bereitschaft mit anderen bedarfsrelevanten Institutionen in Kooperation zu treten höher (siehe Anlage 8). Die Kooperation mit den Schulen ist führend mit 84,4%. Die anderen Einrichtungen finden sich zwischen 46,8% und 60,3% wieder (Vgl. Maykus/ Schone 2010, S. 25).

So wie der eben angesprochene Teil der Planungsabstimmung und der Kooperation, die teilweise von Planungsfachkräften und auch als Arbeitsgemeinschaften gemäß § 78 KJHG durchgeführt werden, zeigt sich insgesamt, dass sich die Jugendhilfeplanung als ein eigenständiger Arbeitsbereich etabliert hat. Den

Jugendämtern, denen weniger als eine Planungsstelle zur Verfügung steht, erscheint es aus meiner Sicht schwierig, eine umfassende Jugendhilfeplanung zu betreiben. Zudem ist es nicht zufriedenstellend, dass ein großer Teil von Planungsfachkräften über die mangelnde Datenlage klagt, auch wenn dies eher für die Kreisjugendämter zutrifft. Würde die Anzahl der Jugendämter die an dieser Befragung teilgenommen haben 100% zu Grunde gelegt werden, dann ist der Rückschluss gerechtfertigt, zu behaupten, dass die Planungsbereitschaft gestiegen ist und eine Etablierung in der Verwaltung seit der Einführung des KJHG stattgefunden hat. Auch wenn es zum Zeitpunkt 2009 der Befragung rund 5,7% von Jugendämtern gibt, die keine Planungsstellen bereitstellen. Dies heißt nicht zwingend, dass keine Planung betrieben wird, beziehungsweise sollte nach Möglichkeiten geschaut werden, diesen Umstand zu Gunsten der betroffenen Kinder, Jugendlichen und deren Familien zu beheben (Vgl. Maykus/ Schone 2010, S. 40f.).

#### **4. Stand der Jugendhilfeplanung in Sachsen**

Nach § 16 des Landesjugendhilfegesetzes mit Stand vom 1. Januar 2005 wird der Landesjugendhilfeausschuss dazu verpflichtet „... spätestens in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode über die Lage junger Menschen“ (Landesjugendhilfegesetz 2005, § 16) zu berichten (Vgl. ebd., § 16).

Der zweite Bericht ist von 2003. Der dritte ist somit der aktuelle Sächsische Kinder- und Jugendbericht mit Stand von 2009.

Der dritte Bericht zur aktuellen Situation von jungen Menschen beschreibt vor allem im Bereich der Jugendhilfeplanung, dass sich diese unter einem stetigen Druck befindet. Der tendenziell steigende Druck wird unter anderem mit der demografischen Entwicklung begründet, welche ein Faktum von Planungseinflüssen sein kann (Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales 2009, S. 36f.).

Im Sächsischen Kinder und Jugendbericht von 2003 wurde formuliert, dass es ein Irrtum sei, wenn ein Jugendhilfeplan erstellt wird und dieser eine dauerhafte Geltung habe, sondern es sei ein kontinuierlicher Prozess, welcher eine umfassende Sozialplanung mit sich bringt. Dem liegt vermutlich einerseits zu Grunde, dass zum Beispiel die Städte Leipzig im Jahr 1997 und Dresden im Jahr 2001 zu diesem Zeitpunkt bereits eine Jugendhilfeplanung beschlossen hatten und des Weiteren der Verweis auf die zurückgegangene Diskussion um die Jugendhilfeplanung im

gesamten Bundesgebiet (siehe Punkt 3.2.). Es wird weiterhin darauf aufmerksam gemacht, dass nach dem KJHG alle planungsrelevanten Personen an dem gesamten Planungsprozess zu beteiligen sind, um den schwierigen Grad zwischen Bedarfsdeckung auf Grundlage einer Bedarfsanalyse und den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln zu ermöglichen (Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales 2003, S. 110).

Es wird weiterhin darauf hingewiesen, dass die Planung mit deren Inhalt sowie Vorgehen aufgrund der Gesetze des KJHG vorgegeben ist. Aufgrund einer Untersuchung durch das Landesjugendamt wurde festgestellt, dass allgemeine Sozialdaten, geschweige denn kleinräumige Datensätze, selten bis sporadisch vorliegen, um einen Ist-Zustand als Bedarfsgrundlage zu bilden. Um den schwierigen Grad der Bedarfsdeckung zu erreichen, wird vorausgesetzt, dass Daten über die Bedürfnisse vorliegen, welche aus einem Aushandlungsprozess mit den Fachkräften und den Politikern resultieren müssen, um die Jugendhilfe bedarfsgerecht zu gestalten. Dieser Tenor wird durch die Aussage, dass alle Leistungsangebote nach einem subjektiv gemessenen Bedarf sowie durch standardisierte Richtlinien kein Planungsergebnis haben können, untermauert. Im Umkehrschluss formuliert bedeutet das, dass durch die Beteiligung aller ein Aushandlungsprozess für die Bedarfsdeckung der Kinder- und Jugendlichen zu erreichen ist. Der Bericht von 2003 weist neben den gesetzlichen Vorgaben in diesem Zusammenhang auch noch einmal daraufhin, dass die Beteiligung der freien Träger nach dem § 80 KJHG „... eine fachliche Selbstverständlichkeit“ (Sächsisches Staatsministerium für Soziales 2003, S. 112) darstellt (Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales 2003, S. 111f.).

Jugendhilfeplanung wird als ein kontinuierlicher Prozess beschrieben, der nicht „zwischen zwei Buchdeckel gebunden im Regal“ (Sächsisches Staatsministerium für Soziales 2003, S. 112) zu stehen hat. Das Ergebnis sollte eine Evaluierung, Verbindlichkeit und Vernetzung der Gesamtprozesse sein. Durch eine wiederholte Befragung aller öffentlichen Träger durch das Landesjugendamt kam zum Vorschein, dass die *im Regal* stehenden Jugendhilfepläne teilweise als Vorwand für den Erhalt von Landesmitteln erstellt worden sind und „... manche Pläne ... eher eine Scheinexistenz ...“ (Sächsisches Staatsministerium für Soziales 2003, S. 112) führen. Die Inhalte waren den entsprechenden Jugendämtern unbekannt, als erfragt wurde, wie die Jugendhifelandschaft weiterentwickelt und ausgestaltet wird. Dadurch

sind Unstimmigkeiten aufgedeckt worden. Bedauerlicherweise wurde auch deutlich, dass die Diskrepanz zwischen Bedarf und deren Deckung bei den meisten kreis- und kreisfreien Städten scheinbar nach den Haushaltsmitteln und nicht den vorhandenen Plänen beschlossen wurde. Insgesamt wird deutlich, dass die Empfehlungen für qualitative Fortschritte häufig dem Reduzierungsdruck auf Grund der Sparmaßnahmen unterliegen (Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales 2003, S. 112f.).

Im dritten sächsischen Kinder- und Jugendbericht wurde mit einer stärkeren Härte formuliert: „für bestimmte Gebiete, gerade in den Städten, gelte nahezu die Regel, dass der Schwund von Einwohnerschaft nicht mit einer Abnahme sozialer Probleme einhergehe, sondern im Gegenteil zumeist zu sich verdichtenden sozialen Konfliktlagen führe“ (Sächsisches Staatsministerium für Soziales 2009, S. 37) und einer unter Umständen eine daraus resultierende methodische und konzeptionellen Verschiebung von Hilfeebringungen erfolgen muss. Daraus ergibt sich, dass einseitiges und schwarz - weiß Denken während demografischer Veränderungen vermieden werden und nicht als einschlägiges Argument der Planung dienen sollte (Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales 2009, S. 37f.).

Das Landesjugendamt weist darauf hin, dass sich demografische Entwicklungen, wie durch den Geburtenknick in der Mitte der 90`er Jahre nicht zwangsläufig auf eine Reduzierung von Sozialleistungsempfängern niederschlagen muss und zukunftsorientiert keine Beachtung mehr finden müsse. Das zeigte sich im Bereich der Kindertagesstätten. „Ob die ... zu geringen Angebote durch schlichte Nichtbeachtung der Geburtenzahlen (was kaum vorstellbar ist), die Nichtbeachtung regionaler Mobilität, die Nichtfortschreibung von Teilfachplänen oder durch den schlichten Unwillen der politischen Entscheidungsträger eingetreten ist ...“ (Sächsisches Staatsministerium für Soziales 2003, S. 113), ist vor allem für die betroffenen Kinder ein nicht bedarfsgerechter Umstand gewesen (Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales 2003, S. 113).

Mit dem Stand des dritten sächsischen Kinder und Jugendberichtes, wurde festgehalten, dass vielerorts der eben beschriebene Umstand von Demografie überstanden und entsprechend fachlich bearbeitet ist, denn „demografische Einbrüche [sind] bereits verarbeitet[,] ...von einer angespannten Bedarfsdeckungssituation (insbesondere im Krippenbereich) ...“ (Sächsisches

Staatsministerium für Soziales 2009, S. 37) kann nicht mehr gesprochen werden (Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales 2009, S. 37).

Die Jugendhilfepläne nehmen eher die Funktion der Außendarstellung ein. Sie dienen somit nicht als eine nach innen gerichtete Steuerung für Verwaltung und deren Bindung an die Jugendhilfeplanung, sowie der finanziellen Unabhängigkeit von politischen Interessen. Dies teilte ein Jugendhilfeplaner aus Sachsen bei einer öffentlichen Veranstaltung zur reellen Umsetzung der Jugendhilfeplanung mit. Der Kommission des Landesjugendamtes war es nicht möglich diese öffentliche Aussage zu überprüfen. (Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Soziales 2003, S. 113).

„Jugendhilfeplanung muss vermitteln und nicht nur Angebote und Einrichtungen selbst, sondern auch deren Ideen, Perspektivvorstellungen und Weiterentwicklungsabsichten vernetzen. Ein solcher Prozess verlangt Vertrauen, Bereitschaft zu Kooperation, Kennen lernen, Aushalten und Akzeptieren anderer Einstellungen und Verhaltensweisen – ein rundum voraussetzungsvolles Unternehmen. Diese Voraussetzungen können natürlich nicht unter Druck hergestellt werden, quasi auf Anordnung des Amtes oder des Planungsteams. Freiwilligkeit ist daher oberstes Prinzip“ (Sächsisches Staatsministerium für Soziales 2003, S. 111).

In den folgenden Kapiteln wird beispielhaft dargelegt, ob die Jugendhilfeplanungen von Dresden und Leipzig tatsächlich auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet sind und ob diese unabhängig von Haushaltsmitteln und in Absprache mit der Politik gestaltet wurden.

#### **4.1. in Dresden**

Die letzte Jugendhilfeplanung der Stadt Dresden wurde 2001 verabschiedet. Innerhalb von zehn Jahren, verändert sich die Infrastruktur, vorher bedachte Sozialisationsvorstellungen in den einzelnen Sozialräumen ändern sich und die Nutzer haben einen anderen Bedarf beziehungsweise die Anbieter eine neue Bedarfsdeckung eingeleitet.

Es wurden Versuche unternommen, die Fortschreibung, welche bis heute nicht erreicht wurde, mit guten Ideen zu unterstützen. Die Veröffentlichung der „Programmatische Jugendhilfeplanung – Rahmenkonzeption“ (Landeshauptstadt Dresden 2004) von der Verwaltung und der „Dresdner Wirkungszielkatalog für die Kinder- und Jugendhilfe“ (Landeshauptstadt Dresden 2006) welcher 2006 vom

Dresdner Stadtrat beschlossen wurde, bildeten für die Fortschreibung eine gute Grundlage, womit diese in die Wege geleitet werden sollte.

Auch die Evaluation, die im Jahr 2008 durchgeführt wurde und sich mit der aktuellen Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Dresden auseinandersetzt, war ein guter Beitrag, um die Fortschreibung in die Wege zu leiten. Es wurde sogar versucht, die Ideen aus der Programmatischen Jugendhilfeplanung und dem Dresdner Wirkungszielkatalog mit einfließen zu lassen und entsprechende Schlüsselfunktionen sowie Rückschlüsse daraus zu ziehen.

Die beiden Konzepte und die Studie sind auf der Internetplattform *Fachkräfteportal Dresden* einsehbar. Dieses Portal ist wiederum mit dem *JugendInfoService Dresden* verlinkt. Der *JugendInfoService Dresden* wurde im Jahr 2000 in das Netz gestellt, um einen zeitgemäßen Zugang zu den Kindern und Jugendlichen in Dresden zu bekommen. Auf diesen Portalen wird über Leistungsangebote für Kinder, Jugendliche und Familien informiert. Mit Rat und Unterstützung stehen die Mitarbeiter aber auch den Familien und den Mitarbeitern der freien Träger zu Verfügung. Für die Fachkräfte dient die Plattform dazu, notwendige Informationen filtern zu können, um ihre Konzepte und Methoden an die Jugendhilfeplanung aus dem Jahr 2001 oder an aktuelle Informationen und Neuerungen aus dem Jugendhilfeausschuss anzupassen.

In die Jugendhilfeplanung wurde als Bedarfsgrundlage die durchgeführte Kinderstudie in Dresden aus dem Jahr 2000 mit einbezogen. Jedoch ist diese scheinbar intransparent eingeflossen, denn für Außenstehende sind keine nachvollziehbaren Verbindungen angemerkt, die Veränderungen in der Infrastruktur rechtfertigen.

Unter Punkt 3 „Bestand, Bestandsbewertung, Bedarf und Maßnahmen“ (Landeshauptstadt Dresden 2001, S. 175) der Jugendhilfeplanung der Stadt Dresden, wurde vermerkt, dass „... eine Form indirekter Betroffenenbeteiligung ...“ (Landeshauptstadt Dresden 2001, S. 176) mit als Bedarfsgrundlage genutzt worden ist. Die Einschätzung über die Bedürfnisse kamen vor allem durch die Fachkräfte der Leistungsträger, welche „... aufgrund ihres Spezialwissens und ihres direkten Kontaktes zu jungen Menschen ... deren Interessen und Bedürfnisse adäquat einschätzen und vertreten können ...“ (Landeshauptstadt Dresden 2001, S. 176). Zur Untermauerung der Aussagen der Fachkräfte sind „... die Ergebnisse der Dresdner



Kinderstudie ... in die Diskussion [mit] einbezogen“ (Landeshauptstadt Dresden 2001, S. 176) worden (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2001, S. 176).

Die Kinderstudie ist unter [www.kinderstudie.de](http://www.kinderstudie.de) nicht einsehbar. Auf Nachfrage bei der TU-Dresden welche die Studie durchgeführt hat, habe ich bis zum Stand vom 18.07.2011 keine Rückmeldung bekommen. Wegen dem Nichtvorhandensein, kann somit nicht ausgesagt werden, welche Ergebnisse im Einzelnen vorliegen, was erfragt worden ist und welche Altersgruppen sowie welche Anzahl befragt wurden.

Die Verwaltung der Stadt Dresden hat bei der Erstellung der Jugendhilfeplanung diese „zum unabdingbaren Element für eine zielgerichtete, effektive und effiziente Arbeit“ (Landeshauptstadt Dresden 2001, S. 1) erklärt. Sie soll „ein fachliches als auch ein politisches Gestaltungs-, Beteiligungs- und Entscheidungsinstrument“ (Stadt Dresden 2001, S. 1) werden. Der dauerhaft entstehende Prozess soll mit allen notwendig Beteiligten in Eintracht entstehen. Aus dem Evaluationsbericht der Universität Bielefeld ist zu entnehmen, dass die gewünschte partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen und freien Trägern nicht immer mit den Ausführungen in der Jugendhilfeplanung von 2001 steht(siehe Punkt 4.1.3.). Die entstandene programmatische Jugendhilfeplanung (siehe Punkt 4.1.1.) und der Wirkungszielkatalog (siehe Punkt 4.1.2.) sind ein Beweis für das Bewusstsein für die gesetzlichen Bestimmungen, die die Verwaltung als Auftrag hat und der geplanten Zusammenkunft zwischen Politik, Kinder- und Jugendhilfe (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2001 S. 1ff.).

In der Planung ist festgehalten, dass Dritte „keine unmittelbar rechtlichen Ansprüche“ (Landeshauptstadt Dresden 2001 S. 10) durch den Stadtratsbeschluss haben. Jedoch wurde für die anerkannten Träger der öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe eine „über das Jährlichkeitsprinzip“(Landeshauptstadt Dresden 2001 S. 10) gesteuerte Kumulierung (siehe Punkt 4.1.1.) vor allem zur Sicherheit der verschiedenen freien Träger angestrebt (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2001, S. 10ff.).

Die Jugendhilfeplanung wird als integrierter Planungsansatz bezeichnet in dem auf die Vernetzung beziehungsweise Einbindung von angrenzenden Leistungsfeldern Bezug genommen wird. Elemente wie zum Beispiel sozialraum- oder zielorientierte Planung finden ihre Beteiligung sowie Fachkräftegremien aus den einzelnen Leistungsfeldern. Neben den Fachkräftegremien sind zwölf Stadtteilerunden für die Planungsbereiche vorhanden. Ziel dieser Runden ist ein Austausch und die

Weiterentwicklung von möglichen Standards und daraus abgeleiteten konzeptionellen und methodischen Veränderungen zugunsten der Kinder und Jugendlichen. Es gibt 29 Planungsbereiche die bis auf einige Ausnahmen zwei Stadtteile in sich integrieren. Somit können statistische Werte „grenzscharf und ohne Informationsverlust verwendet werden“ (Landeshauptstadt Dresden 2001 S. 19 & Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2001 S. 17ff.).

Neben aufgeschlüsselter Bevölkerungsdichte und dem Arbeitslosenanteil der unter 27 Jährigen, wird auch der Ausländeranteil beachtet, um eine Basis für eine zukünftige Infrastruktur an Leistungsangeboten zu bilden. In der Zusammenführung der vorhandenen Statistiken und der Kinderstudie in Dresden ergaben sich nahezu deckungsgleiche Daten. Es wurden darüber hinaus Informationen ersichtlich die zum Beispiel für Kinder arbeitsloser Elternteile maßgeblich sind. So können diese nur schwerlich nicht kostenfreie Leistungsangebote in Anspruch nehmen, um ihre Freizeit zu gestalten (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2001 S. 29ff.).

Zukunftsorientiert wird eine Priorisierung angestrebt, die „Gegenstand fachlicher und politischer Entscheidungen“ (Landeshauptstadt Dresden 2001 S. 44) ist. Der Handlungsbedarf welcher zukünftig abgeleitet wird, soll effizienteres Planen, Gestalten und Prävention ermöglichen (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2001, S. 44ff.).

Um die genannten Aufgaben ermöglichen zu können, wurden die einzelnen Leistungsangebote nach ihren gesetzlichen und pädagogischen Zielen beschrieben. Der aktuelle Bestand an Leistungsangeboten wurde bewertet. Durch diesen Prozess wurden neue Zielstellungen und wünschenswerte Lebenskompetenzen formuliert und danach nach Umsetzungsmöglichkeiten gesucht. Um die Lebenskompetenzen zu fördern, sollen verschiedene Methoden von sozialer Arbeit aufgegriffen werden, die in die Konzeptionen der einzelnen Leistungsanbieter einfließen sollten. Die Fachstandards wurden von den sozialpädagogischen Zielen abgeleitet. Beides wurde vermutlich in den Gremien und Netzwerken der Fachkräfte aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe Dresden erarbeitet. Des Weiteren wurden jedem Leistungsfeld mögliche Kooperationspartner zugewiesen, um dem § 81 KJHG gerecht zu werden (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2001 S. 53ff.).

Im Folgenden werde ich mich mit den eben benannten Konzepten und der Studie auseinander setzen.

#### 4.1.1. Programmatische Jugendhilfeplanung – Rahmenkonzeption

Nicht nur für das Jahr 2011 und 2012 sind in Sachsen die Mittel für den sozialen Bereich gekürzt worden. Schon seit Jahren müssen die Planungsstellen mit einkalkulieren, dass die finanziellen Ressourcen knapper werden. Um weiterhin sozialpädagogische Standards erbringen zu können, wurde unter der Leitung von Joachim Kaap, ehemaliger Jugendhilfeplaner des Jugendamtes der Stadt Dresden, 2004 die Programmatische Jugendhilfeplanung als „... gemeinsamer Planungsrahmen für die Fortschreibung des Kinder- und Jugendhilfeplans 2001 ...“ (Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 6) veröffentlicht. Als einer der wichtigsten Gründe für die Erstellung dieser Rahmenkonzeption, ist der Verweis, auf die unter Umständen nachlassende Verlässlichkeit der Infrastruktur aus Sicht der Adressaten, aber auch der Planungsverbindlichkeit der Leistungsanbieter und dem Entgegenwirken des Argumentes, wegen der demografischen Entwicklung könne gekürzt werden. Ziel soll sein, eine Verbindlichkeit für die Planung und eine Verlässlichkeit der Infrastruktur herzustellen und „... den Gewährleister und die Leistungsanbieter in den Stand zu setzen, Wirksamkeitsverantwortung besser fundiert ... wahrzunehmen ...“ (Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 4) und dem Jugendamt bewusst werden zu lassen, dass es eine anwaltliche Funktion einnehmen sollte gegenüber allen Leistungsnehmern (Vgl. Kaap 2004, S. 4ff.).

„Wirkungsziele bezeichnen Vorstellungen über wünschenswerte Zustände, Fähigkeiten und Verhaltensweisen, deren Erreichung durch pädagogische Bemühungen unterstützt werden soll“ (Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 13, zit. N. Hiltrud von Spiegel) (siehe Punkt 4.1.2.). Die Wirkungsziele, somit die gewünschten Verhaltensänderungen, sollen zukünftig durch eine „Basis-Infrastruktur“ (Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 7) abgesichert werden. Alle Angebote aus dem § 2 KJHG sollen durch diese mittel- bis langfristig abgesichert werden. „Programme“ (Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 7) die auch zur Absicherung von § 2 SGB VIII dienen, sollen durch die Basis-Infrastruktur und einer Vernetzung sowie Verteilung von Ressourcen mitgetragen werden. Dadurch soll es ermöglicht werden, auch unvorhergesehene Bedarfe zu decken. Sie sollen als Impulssetzung verstanden werden und die dafür bereitgestellten Mittel werden frei, wenn diese sich auf Grund „... wandelnder Handlungserfordernisse“ (Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 17) als nicht mehr notwendig erweisen. Dafür ist eine „Programm-Konferenz“

(Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 7) vom Jugendhilfeausschuss zu bilden, um über die jeweiligen notwendigen und ungeplanten „... Handlungserfordernisse zur Schaffung positiver Entwicklungsbedingungen“ (Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 19) zu entscheiden. In dieser Programm-Konferenz sind alle mittel oder unmittelbar betroffenen Ämter und Einrichtungen beteiligt. Unter anderem: „... der Jugendhilfeausschuss, der Jugendhilfeplaner, regionale und thematische Arbeitsgemeinschaften, die Hochschulen, das Sächsische Landesjugendamt und weitere Partner, insbesondere aus den Bereichen Wirtschaft, Sport, Gesundheit, Bildung, Finanzen, Wohnen, Kultur, Verkehr und Umwelt“ (Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 19). Der Ressourceneinsatz soll durch die Infrastruktur gesteuert werden. Es muss ein Bewusstsein dafür entstehen, dass die Wirkungsziele an die Spezifiken und Möglichkeiten des Arbeitsfeldes gebunden und deren Qualität jeweils unterschiedlich ist. Da von planmäßigen Ergebnissen in sozialen Zusammenhängen selten ausgegangen werden kann, sollte in die Forschung von Wirkungszusammenhängen gemeinsam investiert werden. Der Gegenstand ist keine abstrakt normative Zieldiskussion, sondern eine lebensweltorientierte Bedarfsdeckung (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 7ff.).

Der vorhandene Bestand in Dresden soll nach „Zielgerechtheit bewertet“ (Kaap 2004, S. 8) werden und die daraus resultierenden Ergebnisse sollen „... zum Ausdruck einer nachvollziehbaren Beziehung von Wirkungszielen, Leistungsarten und Ressourcen“ (Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 15) beitragen. Die unter Umständen entstehende Differenz zwischen dem notwendigen Bedarf und dem für politisch machbar Gehaltenen wird durch die Verabschiedung der Wirkungsziele (siehe Punkt 4.1.2.) „... unter dem Einfluss des für machbar Gehaltenen stehen“ (Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 15). Durch die mittel- bis langfristige Absicherung soll Verwaltungsaufwand eingespart werden und die personellen Ressourcen für die fachliche Arbeit freigegeben werden (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 8ff.).

Kleine und große Bedarfsveränderungen in der Stadt Dresden sollen zusätzlich durch Dezentralisierung aufgefangen werden. In die Programm-Konferenz, sowie die zukünftige Jugendhilfeplanung sollen die weitreichenden Handlungsschwerpunkte durch die verschiedenen funktionierenden Gremien und Arbeitskreise der Stadt Dresden mit eingearbeitet werden (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 8).

Es ist eine zentrale und dezentrale Beteiligung der Adressaten, vor allem für die entstehenden Wirkungsziele, geplant. Die daraus entstehenden Prozesse sollen durch innere und äußere Evaluation in einem Dialog, welcher alle Beteiligten erreichen soll, reflektiert werden. Die externe Evaluation soll durch ein gemeinsam, von freien und öffentlichen Trägern, getragenes „Sächsisches Zentrum für Wirkungsforschung“ (Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 9) durchgeführt werden. Dieses Zentrum soll in Partnerschaft mit dem Freistaat Sachsen, den „... Transfer zwischen Praxis, Forschung und Lehre“ (Landeshauptstadt Dresden 2004, S.9) gewährleisten. Um fehlendes Wissen für die notwendige qualitative Arbeit und der „... Wirksamkeit von Leistungen“ (Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 26) bereitstellen zu können, müssen die Informationen an einem zentralen Ort verfügbar sein. Es wird angestrebt, dass durch dieses gesammelte Wissen die Begründbarkeit von öffentlichen Ressourcen zielgenauer belegt werden kann. Eine Einbeziehung der „... unterschiedlichen Disziplinen ... [zur] ... Wahrnehmung dieser Verantwortung“ (Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 26) ist zu beachten. Jeder Mensch muss als Individuum betrachtet werden und deswegen sind nicht alle Methoden zur Zielerreichung gleichwertig. Ziel ist eine von allen erforschte Wirksamkeit aus Sicht der einzelnen Maßnahmen über die Klienten und nicht eine Erwartungshaltung gegenüber der Leistung, die sich aus früheren Wirkungen ableiten lassen. Die Sachkosten und die zwei geplanten Mitarbeiterstellen des Zentrums sollen von den freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden finanziert werden. Wünschenswert ist ein Budget, über das der Jugendhilfeausschuss „... über mehrere Haushaltsjahre kumuliert“ (Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 9) verfügen kann. Die Finanzierung des sächsischen Zentrums für Wirkungsforschung sowie eine kontinuierliche Schaffung von Infrastruktur für die Adressaten soll dadurch gesichert werden (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 9ff.).

Um eine schnellere Fortschreibung zu gewährleisten, ist eine Planung in Teilfachplänen geplant. Damit soll die Organisation von zeitlichen Bedingungen getrennt werden, um bedarfsgerechter für die Leistungsfelder arbeiten zu können. Eine Inhaltliche Verbindung unter den einzelnen Feldern bleibt bestehen und wird durch die Zusammenarbeit der Programm-Konferenz und des Sächsischen Zentrums für Wirkungsforschung gestärkt, die auch untereinander vernetzt arbeiten sollen (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 28).

Für eine bessere Infrastruktur, die auch zeitnah angepasst werden kann, wird ein „Sozialatlas“ (Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 29), der regelmäßig erneuert wird und planungsrelevante Daten wie zum Beispiel: Demographie, soziale Lage etc. enthält, entwickelt (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 29).

#### **4.1.2. Dresdner Wirkungszielkatalog für die Kinder- und Jugendhilfe**

Der Wirkungszielkatalog bildet eine wichtige Grundlage für die geplante Fortschreibung der Jugendhilfeplanung der Stadt Dresden.

Aus dem Planungsablauf (siehe Anlage 9) der Programmatischen Jugendhilfeplanung von 2004 ist zu entnehmen, dass die Wirkungsziele im Jahr 2005 vom Dresdner Jugendhilfeausschuss beschlossen werden sollten und sie 2006 vom Dresdner Stadtrat tatsächlich beschlossen worden sind (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2006).

Durch den Beschluss des Dresdner Stadtrates sind die im Wirkungszielkatalog für die Kinder- und Jugendhilfe genannten Bedarfserhebungen, Indikatoren sowie die „... Steuerung der weiteren Entwicklung über Wirkungsziele und die systematische Erweiterung der Messbarkeit von Wirkung“ (Landeshauptstadt Dresden 2006, S. 11) beschlossen worden (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2006, S. 11).

Den freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe wird eine „... besondere Gestaltungsfunktion“ (Landeshauptstadt Dresden 2006, S. 5) zugeschrieben, wie zum Beispiel die Verwirklichung oder die Qualitätserhebung des Leistungsfeldes, um Konkretisierungen der angedachten Wirkungsziele vorzunehmen. „Das eigenständige Tätigkeitsrecht der freien Kinder- und Jugendhilfe“ (Joachim Kaap 2006, S. 5) soll gewahrt bleiben (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2006, S. 5).

Wünschenswert ist, dass jedes Individuum eine sozialkompetente Person wird, die ihr Leben, möglichst ohne weitere Hilfe von Maßnahmen, selbständig bewältigen kann. Das heißt, die Adressaten sollen dazu befähigt werden, eigenverantwortlich handeln zu können und eine gemeinschaftsfähige Persönlichkeit zu entwickeln, damit sie ihre eigenen Ressourcen nutzen können. Um diese Ziele erreichen zu können, muss eine Infrastruktur vorhanden sein, welche nach ihren Leistungsarten, sowie personellen und qualifikatorischen Möglichkeiten realisiert werden muss. Um die daraus resultierenden Wirkungen erreichen zu können, muss „... grundsätzlich

die bedarfsgerechte Menge an finanziellen Mitteln“ (Landeshauptstadt Dresden 2006, S. 6) bereitgestellt werden (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2006, S. 6).

Für eine kumulierte Förderung (siehe Punkt 4.1.1.) über mehrere Haushaltsjahre hinweg, soll ein Qualitätsentwicklungsverfahren angestrebt werden. Dafür wird für alle Leistungserbringer der freien Kinder- und Jugendhilfe eine Vereinbarung angestrebt, die sich „... Qualitätsentwicklungsvereinbarung“ (Landeshauptstadt Dresden 2006, S. 6) nennt. Der daraus entstehende Steuerungskreislauf ist aus meiner Sicht vergleichbar mit der Qualitätssicherungsmethode „PDCA“. Über diese Qualitätsmethode von Deming habe ich ausführlich in meinem *Praxisbeleg unter Punkt 5. Mitgliederbefragung* berichtet. (siehe Anlage 10) (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2006, S. 6 & Hochheim 2010, S. 9ff.).

Die abgebildete Grafik in der Anlage 10 zeigt auf, dass eine Planungsphase dem gesamten Prozess vorausgeht. Das heißt, dass auf Grund des Ausgangsmaterials, wie zum Beispiel verschiedenen Studien oder Statistiken, um gewünschte Wirkungen zu erhalten, der Bedarf ermittelt werden muss. Während die einzelnen Leistungserbringer auf Grund der neu entstandenen Infrastruktur ihre Leistungen umsetzen, wird bereits die Wirksamkeit überprüft und wenn möglich, gleich an den Bedarf angepasst. Würde eine sofortige Bedarfsanpassung nicht möglich sein, dann wird für den zukünftigen Prozess versucht, die Infrastruktur auf Grund des neuen Bedarfes als neue Leitvorstellungen zu verändern (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2006, S. 7).

Die abgebildete Grafik zeigt auf, dass die „Leitvorstellungen“ der Planungsphase entsprechen. Einerseits wird überprüft, ob die Vorstellungen dem tatsächlichen Bedarf gerecht werden und andererseits ob unter Umständen die Intensität und oder die Qualität erhöht oder gesenkt beziehungsweise eine Bestandserweiterung ermöglicht werden kann. Während der *Check-Phase* - Handlungskonzepte und Durchführung - welche schon während der *Do-Phase* - die Wirkungsziele und Indikatoren - einsetzt, wird überprüft was an den Leitvorstellungen zu Gunsten des tatsächlichen Bedarfes geändert werden muss (Vgl. Hochheim 2010, S. 9ff & Landeshauptstadt Dresden 2006, S. 7).

Aus diesen Ergebnissen wird die Basis-Infrastruktur ermittelt (siehe 4.1.1.), die für alle Leistungsnutzer als Basis zur Verfügung stehen soll. Wenn der tatsächliche Bedarf höher ist, als finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, dann ist durch die Verabschiedung des Dresdner Wirkungszielkataloges die Basis-Infrastruktur, das

was für Notwendig gehalten wird, um den Bedarf qualitativ zu decken (siehe 4.1.1.), gesetzt. Jedoch ist noch nicht die quantitative Infrastruktur mit einbezogen, denn diese ergibt sich aus den vom Stadtrat zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2006, S. 7).

Die Dynamik ergibt sich aus den „... Bedürfnis-, Bedarfs- und Zielveränderungen“ (Landeshauptstadt Dresden 2006, S. 8), die durch den Steuerungskreislauf wie oben dargestellt, entstehen. Die aktuell vorhandenen Begebenheiten der einzelnen Sozialräume, die Leistungsanbieter und die Adressaten mit ihren Partizipationsmöglichkeiten spiegeln den aktuellen Ist-Stand wider. Die Konzepte der freien Träger, sowie die Zusammenarbeit aller Beteiligten, die für den gesamten Bereich der Kinder- und Jugendhilfe als notwendig angesehen werden und bei diversen Gremien mitwirken, tragen diese Veränderungsprozess zum Ist-Stand mit (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2006, S. 7).

Es wird mit dem Bewusstsein gehandelt, dass Qualität dauerhaft einem Veränderungsprozess unterliegt. Deswegen wird begründet, dass „... Qualität als Konstrukt ... für die Zielerreichung ... über die zugrunde liegenden Leistungen, Wirkungsziele und Indikatoren“ (Landeshauptstadt Dresden 2006, S. 9) in Form eines Dialoges mit dem Ziel von Handlungsrahmen ausgehandelt werden muss. In dem gesamten „kommunalen Wirksamkeitsdialog“ (Landeshauptstadt Dresden 2006, S. 9) soll schrittweise die Qualitätsentwicklung interner Evaluationen, durch die einzelnen Leistungsanbieter in Zusammenarbeit mit den politischen Entscheidungsträgern über Ziele und Ressourcenverteilung herausgearbeitet werden. Die externe Evaluation soll durch das geplante Wirkungsforschungszentrum (siehe Punkt 4.1.1.) erbracht werden, die Adressatenbedürfnisse werden prinzipiell in den Prozess des kommunalen Wirksamkeitsdialoges mit einbezogen (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2006, S. 9).

Besonders nennenswert ist unter dem Aspekt der Selbstverpflichtung, dass einerseits bei Zielen die erreicht sind, nicht perse davon ausgegangen werden darf, das keine weitere Einwirkung stattfinden darf (siehe Punkt 4.) und andererseits, dass behinderte Menschen grundsätzlich zu den Leistungsnehmern der Kinder- und Jugendhilfe gehören (Vgl. Landeshauptstadt Dresden 2006, S. 9ff.).

Die Wirkungsziele sind abstrakt formuliert, sie benennen Sozialkompetenzen, welche gefördert werden sollen. Unter den folgenden Oberbegriffen, sind die zu fördernden



Sozialkompetenzen in vielfältige und differenzierte Ziele aufgeschlüsselt und als wünschenswertes Ergebnis formuliert:

„Eigenverantwortlichkeit ... Gemeinschaftsfähigkeit ... Aneignung gesellschaftlicher, kultureller und natürlicher Zusammenhänge ... Beteiligung und Selbstwirksamkeit ... Gesellschaftlich bestimmte Geschlechterrollen ... Weibliche Identität ... Männliche Identität ... Konfliktbewusstsein ... Konstruktive Konfliktbearbeitung ... Verantwortungsübernahme ... Erziehungskompetenz ... Familienersatzsysteme als Schutz und Gestaltungsraum“ (Zit. Landeshauptstadt Dresden 2006, S. 14 ff).

#### **4.1.3. Abschlussbericht zur Evaluation der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit in Dresden**

Im Jahr 2008 wurde die Universität Bielefeld mit der Evaluation zum aktuellen Stand der Sozialarbeit mit Kindern, Jugendlichen und deren Familien in Dresden beauftragt. Der Gegenstand ist die Betrachtung der finanziellen Möglichkeiten des Dresdner Wirkungszielkataloges und der Programmatischen Jugendhilfeförderung. Zu den Zielgruppen gehören die Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe sowie deren Adressaten. Aufgrund des Zeitrahmens (siehe Anlage 11) wurde daraufhin gewiesen, dass keine Wirkungsanalyse möglich sein wird, um empirisch valide Ergebnisse zu erhalten (Vgl. kom.sd. 2009, S. 5).

Einführend wird zusammengefasst, dass die breite Palette im Bereich der Hilfen und die soziale Infrastruktur bei den Adressaten bekannt sind und die differenzierten Aspekte nach den §§ 11 bis 14 und 16 KJHG unterschiedlich stark genutzt und entsprechend der Nutzung bewertet werden. Die Jugendhäuser sind laut dieser Studie die scheinbar wichtigsten Orte für die Jugendlichen um ihre Freizeit zu verbringen, jedoch stehen der Bedarf und das Vorhandensein in den einzelnen Planungsbereichen nicht linear zu einander. Eine intensive Nutzung dieser Jugendhäuser wird vor allem „... von bildungsbenachteiligten Gruppen“ (kom.sd. 2009, S. 6) in Anspruch genommen. Die Finanzierung des Personals aller Leistungsangebote wird häufig durch ehrenamtliches Engagement finanziell gedeckelt, vor allem in der Jugendverbandsarbeit (Vgl. kom.sd. 2009, S. 6).

Eine „Implementation eines Steuerungsmodells über Steuerungsziele ist ... noch offen“ (kom.sd. 2009, S. 7) und die „Einführung des Wirkungszielkatalogs und der programmatischen Jugendhilfeplanung hat ... positive Impulse ... aber auch neue

Probleme geschaffen“ (kom.sd. 2009, S. 7). Über das Arbeiten mit den Wirkungszielen und die interne Evaluation wird offen umgegangen und sich ausgetauscht, jedoch „... besteht in inhaltlicher und formaler Hinsicht Entwicklungsbedarf, der gemeinsam mit allen Beteiligten zu leisten ist“ (kom.sd. 2009, S. 7). In wie weit die „... Soziale Infrastruktur ... mit ... ihren ... eingesetzten Ressourcen“ (kom.sd. 2009, S. 9) für die Adressaten zugänglich sind und „... ob [der] initiierte Ansatz ... über Wirkungsziele ... umgesetzt“ (kom.sd. 2009, S. 9) wird, ist noch nicht erkennbar. Das gesamte Bestreben dieser Evaluation zielt in erster Instanz auf generierte Informationsgewinnung ab, damit eine Grundlage geschaffen werden kann, auf der für dieses Feld bezogen, für Entscheidungen argumentiert werden kann. Um diesem Bestreben nachzugehen, wurde unter anderem mit folgenden Fragen versucht, den Gegenstand zu forcieren:

- „... Welche Zielgruppen werden von welchen Angeboten erreicht, bei welchen Zielgruppen oder in welchen Sozialräumen sind die Angebote nicht bekannt?
- ... Welche Wirkungen sehen Jugendliche in Bezug auf in Anspruch genommene Leistungsarten?
- ... Welche Zusammenhänge werden zwischen Wirkungen und Ressourcen gesehen?
- ... Sind die Leistungen (besser als zuvor) dokumentierbar?“ (kom.sd. 2009, S. 12f.).

In einer Auftaktveranstaltung zu der die freien Träger eingeladen wurden, konnte die erstellte Befragung auf Inhalt und Spezifik zu den verschiedenen Themenbereichen überprüft werden. Für die Erhebung wurden beispielsweise „... eine offene Expertenbefragung ... oder ... eine offene Jugendbefragung“ (kom.sd. 2009, S. 13) als Instrumente gewählt. Wegen der kurzen Zeit, die für die gesamte Evaluation zur Verfügung stand, konnte als ein wünschenswertes notwendiges Instrument keine „...face to face...Befragung“ (kom.sd. 2009, S. 14) durchgeführt werden. Dadurch können unter anderem weiterentwickelte Gedanken, die in einem Dialog entstehen würden, verloren gehen, womit eine größere Transparenz hätte erreicht werden können. Zudem wird auch angesprochen, dass durch diese Methoden und den Zeitdruck Einschränkungen entstehen, da sie nur ein begrenztes Durchdringen von Strukturen im Allgemeinen erlauben oder auch die Familien der Kinder und Jugendlichen nicht befragt werden konnten, da für diese ein eigenständiges Instrument hätte erstellt werden müssen (Vgl. kom.sd. 2009, S. 9ff.).

Neben der Einsicht von Dokumenten im Jugendamt zu den Dresdner Leistungsfeldern, wurden darüber hinaus die einzelnen Zielgruppen über die eigene Sichtweise befragt. Bei den Experten ging es unter anderem um die „Einschätzungen zur Programmatischen Jugendhilfeplanung...oder Steuerung über Wirkungsziele“ (kom.sd. 2009, S. 17). Die freien Träger wurden beispielsweise zu „... Strukturen ... [,] ... Zusammenarbeit mit Jugendamt ... [,] ... Einschätzungen zu Wirkungsorientierung [oder] Dokumentation“ (kom.sd. 2009, S. 17) befragt. Die Jugendlichen hingegen wurden um „... Soziodemographischen Angaben [oder ihrer] Zufriedenheit in verschiedenen Lebensbereichen“ (kom.sd. 2009, S. 17) gebeten (Vgl. kom.sd. 2009, S. 16f.).

Durch verschiedene Methoden wurden die Interviews ausgewertet. Zum Beispiel durch eine Software die die Daten für eine weitere Bearbeitung nach Inhalten trennte, wodurch eine Kategorisierung der Daten vorgenommen werden konnte, um eine Vergleichbarkeit bestimmter Ergebnisse vornehmen zu können. Bei der Zusammenführung aller verschiedenen Datenquellen wurden Betrachtungen ermöglicht, die in ihren Einzelheiten nicht möglich gewesen wären (Vgl. kom.sd. 2009, S. 19).

Die Fördermittelzuwendungen sind von 2000 zu 2007 teilweise um ein vielfaches gestiegen (siehe Anlage 12). Einige der Gründe sind die gestiegenen Personal- und Betriebskosten. Die freien Träger finanzieren sich jedoch nicht nur durch die Fördermittel des öffentlichen Trägers, sondern auch durch Förderprogramme von Bund und Ländern, sowie Stiftungen und ähnlichem. Eine weitere Grundlage für die steigenden Fördermittel ist die Bedarfsorientierung nach dem Wirkungszielkatalog (siehe Punkt 4.1.2.), woraus sich entsprechende Angebote beziehungsweise Methodenänderungen ergeben haben. Die Mitarbeiter aller Leistungsangebote sind zu über dreiviertel Pädagogen und bilden die Basis für die Gewährleistung von Bedarfsanalyse und einer entsprechenden Steuerung. Unter dem Fachpersonal sind auch Migranten und Transgender tätig, vermutlich vorrangig für die spezifischen Leistungsangebote wie zum Beispiel der Migrantenarbeit oder der Beratung im Bereich der Jungen und Mädchenarbeit zum Thema Sexualität (Vgl. kom.sd. 2009, S. 28ff.).

Im folgendem gehe ich auf die Befragung der Jugendlichen ein. Da nur Jugendliche an der Befragung teilgenommen haben, verzerrt die Bedarfslage, da es schwer

vorstellbar ist, dass die Kinder in Dresden keine Angebote der Kinder- und Jugendhilfe wahrnehmen.

Um die Jugendlichen mit der Befragung zu erreichen, wurden neben den Erreichen über die differenzierten Einrichtungen, die Plattformen: „... Jugendendserver Dresden [und] damper.net“ (kom.sd. 2009, S. 18) genutzt. Personenbezogene Daten wurden nicht verlangt. Um soziodemographische Angaben über die Jugendlichen zu bekommen, wurde nach „Alter in Jahren, Ortsamt, Klasse und Schulform“ (kom.sd. 2009, S. 18) gefragt (Vgl. kom.sd. 2009, S. 18).

Um sogenannte Spaßteilnehmer bei der Onlinebefragung herauszufiltern, wurden verschiedenen Methoden angewandt. Die Jugendlichen wurden unter anderem darum gebeten einige Fragen selber auszuformulieren. Das bereinigte Bild ergab 3104 gültige Antwortbögen. Das Geschlechterverhältnis war nahezu ausgewogen. Bis auf einige personenbezogene Angaben, wie zum Beispiel zur Schulform oder analoger Tätigkeit, um auf den Bildungsgrad schließen zu können oder Fremdsprachenkenntnisse, um auf einen möglichen Migrationshintergrund zu schließen, war diese Erhebung ansonsten anonym (Vgl. kom.sd. 2009, S. 38ff.).

Es wurde unter anderem deutlich, dass fast jeder fünfte Jugendliche mehr Angebote möchte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass davon ca. 50% einen leichten Bedarf nach mehr Angeboten anmelden. Eine Vermutung könnte sein, dass der hohe beziehungsweise leichte Bedarf von jenen vorrangig kommen könnte, die ihre Freizeit in Dresden Alt- und Neustadt verbringen (siehe Anlage 13). Denn dort sind die meisten Jugendlichen aktiv, welche in anderen Stadtteilen wohnen. Die infrastrukturellen Angebote sind in diesen beiden Stadtteilen mit am niedrigsten ausgebaut. Die befragten Jugendlichen bitten um wohnortnahe Räumlichkeiten oder Skateranlagen, welche auch Zentrumsnah sind. Neben den eben genannten, haben die Jugendlichen auch leistungsbezogene Wünsche geäußert, zum Beispiel für spezielle Zielgruppen. Auch Angebote, welche so kostengünstig sein sollten, dass sie mit kommerziellen Leistungsangeboten zu vergleichen sind und Einkommensschwache auch finanzieren können (Vgl. kom.sd. 2009, S. 38ff.).

Die Jugendliche differenzieren die Angebote durchaus bewusst nach ihrer Qualität. Die meisten Leistungsarten sind den Jugendlichen bekannt und werden je nach Bedarf zielbewusst genutzt. Jedoch wird auch ersichtlich, dass das Bildungsniveau eine Rolle zu spielen scheint. So nehmen die Gymnasiasten häufiger die Schulsozialarbeit in Anspruch. Andersherum werden die offenen Einrichtungen eher

von denen in Anspruch genommen, welche bildungsschwächer sind. In den offenen Einrichtungen werden verschiedene Angebote benannt die von den Jugendlichen wahrgenommen werden. Somit wird deutlich, dass die Vielschichtigkeit die von den Leistungserbringern angeboten werden, auch angenommen werden. Durch Vermittlung wird der Erfolg von den Angeboten auch in den anderen Leistungsarten deutlich und weist deren Notwendigkeit für die Kinder und Jugendlichen auf (Vgl. kom.sd. 2009, S. 46ff.).

Neben den Jugendlichen wurden auch Experten zum Beispiel aus den Bereichen Politik, Facharbeitsgruppen und Verwaltung befragt. „Von den Personen kann angenommen werden, dass sie über Kenntnis, Erfahrung oder einen politischen Gestaltungsauftrag für diesen Bereich der Jugendhilfe verfügen“ (kom.sd. 2009, S. 88). Von den Experten sollten Einschätzungen zur Kooperation unter sowie mit den freien Trägern in Erfahrung gebracht werden. Ein fachlicher Standpunkt sowie eine Reflexion zur programmatischen Jugendhilfeplanung in der Jugendhilfe sollten dadurch ersichtlich werden. Trotz anonymisierter Fragebögen, können viele Antworten auf Politik, freie Träger oder Verwaltung geschlossen werden. Die Abstimmung zwischen den freien Trägern und dem Jugendamt der Stadt Dresden wird sehr unterschiedlich beschrieben. Jene die weniger qualitative Eindrücke beschreiben, sagen aus, dass sie zum Beispiel Angst vor Offenheit haben und die besprochenen Positionen innerhalb des Amtes sich nicht immer als einheitlich bewahrheiten. Dahingegen wird von einer hohen Transparenz und Qualität unter den freien Trägern gesprochen, welche seit Jahren bestehen, insofern kein ressourcenbedingter Konkurrenzdruck bei diesen einwirkt. Vor allem gegenseitige Beratung und ein Austausch über konzeptionelle Veränderungen werden besonders hervorgehoben. Gegenüber dem Jugendamt ist solch eine Zusammenarbeit aus fachlichen Motiven heraus wünschenswert. Trotz dieser differenzierten Ansicht wird bei der Orientierung von Wirkungszielen ein Potenzial darin gesehen. Zwei Argumente wurden unter anderem als Beispiel dafür von den Experten genannt: „fachliche Entwicklung [und] verbesserte Steuerung“ (kom.sd. 2009, S. 94). Dadurch könnten aus der Sicht vieler Experten ein dauerhafter Prozess eingeleitet und fachliche Auseinandersetzungen angeregt werden. Leider sind die Wirkungszielorientierungen aus der Perspektive der Basismitarbeiter zu undurchschaubar und zu viel in ihrer Gesamtheit, somit ist eine zielorientierte Arbeit schwer (Vgl. Anlage 1 & kom.sd. 2009, S. 88ff.).

Bezüglich der Messbarkeit von Wirkungen und deren Effekten beschrieb eine Expertin, dass die Jugendhilfeplanung „jahrelang ... an einer Nichtbestimmung und mangelhaften Zuschreibung von Wirkungen und Effekten ... rumkrankte“ (kom.sd. 2009, S. 96). Durch den neu eingeleiteten Prozess, welcher als sehr positiv beurteilt wird, wurden Hoffnungen geschürt, die die neue Art von Messbarkeit unter einen hohen Erwartungsdruck setzte und eher behinderte (Vgl. kom.sd. 2009, S. 96ff.).

Auf der Grundlage der positiven Ansätze durch die programmatische Jugendhilfeplanung und dem Wirkungszielkatalog empfehlen die Experten sich „mit allen beteiligten Fachkräften“ (kom.sd. 2009, S. 100) zusammenzusetzen. Neben gemeinsamen Schulungen von Verwaltung und freier Träger sowie einer gemeinsamen Weiterentwicklung wird auch angeregt, den angefangenen Dialog fortzuführen. In die Planungsphase sollte aus Sicht einiger Experten eine höhere Beteiligung der Jugendlichen angestrebt werden, als es in der programmatischen Jugendhilfeplanung steht (Vgl. kom.sd. 2009, S. 100f.).

Weniger kongruent verhält sich die Aussage nach der Planungssicherheit. In den Haushaltsjahren von 2007 bis 2009 fand eine Kumulierung der Haushaltsmittel statt. In einem Telefonat mit einem Träger aus Dresden (siehe Anlage 1) habe ich in Erfahrung gebracht, dass wegen steigender Betriebskosten zum Beispiel jedes Jahr Nachanträge gestellt werden mussten. Wegen des geringfügigen Aufwandes der Nachantragsstellung bestand kein hohes Interesse Lobbyarbeit diesbezüglich anzustreben, um eine Fortführung der Kumulierung anzustreben (Vgl. kom.sd. 2009, S. 100ff.).

Aus der Sicht der Evaluatoren ist vor allem sehr wichtig, dass die Sachberichte für Außenstehende verständlich gestaltet werden müssen. Zu viele Fragen geben zu viele verschiedene Antwortmöglichkeiten, welche keine zielorientierte Ergebnisse liefern. Dadurch kann durchaus Unsicherheit bei den Fachkräften entstehen, was für die Sachberichtsgestaltung notwendig und wichtig ist. Es wird empfohlen, eine gemeinsame Erarbeitung von Maßstäben anzustreben. Dadurch kann eine bessere und vergleichbarere Dokumentation entstehen. Bei einer Fortführung des Dialoges über die Wirkungsziele sollten verschiedene Ziele zusammengeführt werden, damit eine Vergleichbarkeit und ein gemeinsames Verfolgen durch die Leistungsanbieter angestrebt werden kann. Die Kriterienerarbeitung für diese zusammengeführten Wirkungsziele sollte „fachlich angemessen und leistbar...“ (kom.sd. 2009, S. 125) sein. Somit sollen die Dokumentation und die Evaluation zugunsten der

Adressatenperspektive in Abstimmung mit allen leistungsrelevanten Anbietern angestrebt werden. Gegebenenfalls entstehen dadurch sinnvolle Standardisierungen. Der Verwaltungsaufwand im Jugendamt kann dadurch minimiert werden und andererseits kann durch die Vereinfachung der Standardisierung bei den freien Trägern der gewonnene Zeitaufwand für die Adressaten genutzt werden (Vgl. kom.sd. 2009, S. 109ff.).

### 4.3. in Leipzig

In Leipzig wurde 1994 der erste Jugendhilfeplan durch das Jugendamt erarbeitet. Nach einem längeren Umstrukturierungsprozess innerhalb der Verwaltung, für eine ganzheitliche Jugendhilfeplanung, wurde 1995 unter Einbeziehung aller Träger der Kinder- und Jugendhilfe ein weiterer Gestaltungsprozess angeregt. Durch verschiedene Planungsgruppen von Verwaltung und freier Träger wurde bis Ende 1996 die Grundlage für die folgenden Teilfachpläne erarbeitet. (Vgl. Stadt Leipzig 1997 S. 16ff.)

Die Jugendhilfeplanung wurde in zwölf verallgemeinerte Leistungsbereiche untergliedert. Angefangen mit der Jugendarbeit über stationäre Hilfen bis zur wirtschaftlichen Jugendhilfe, welches die einzelnen Leistungsbereiche innerhalb der Verwaltung umfasst und für deren wirtschaftliche Gewährung diese zu ständig ist. Eine grobe Gliederung jedes Leistungsbereiches wird mit der gesetzlichen Grundlage angefangen. Nach einem für damals professionellen Verständnis von grundlegenden Standards, wie die einzelnen Leistungsbereiche aufgefasst werden, wurde ein sozialräumlich bedingtes Sozialisationsverständnis in diesem Zusammenhang mit integriert und daraus Zielsetzungen abgeleitet. Für den folgenden Planungsprozess wurde eine Bestandsaufnahme aller Träger jedes Leistungsbereiches dargestellt und ausgewertet, sowie welche Aufgaben nach Möglichkeit mit übernommen werden können, um den angemeldeten Bedarf zu decken (Vgl. Stadt Leipzig 1997).

Häufig werden Daten von den Statistischen Ämtern als Bedarfsgrundlage genutzt. Aus diesen Daten gehen lediglich sozialstatistische Informationen hervor. So zum Beispiel: wie viele Kinder und Jugendliche in einem Ortsteil wohnen, welchen Bildungsgrad sie beschreiten, wie hoch die Jugendarbeitslosigkeit und die Delinquenzanzahl der Kinder und Jugendlichen ist oder ob es sich um eine Plattenbausiedlung oder einen Altbau handelt. Die Daten spiegeln nicht das innere

Befinden der Kinder und Jugendlichen wider, das heißt eine qualitative Aussage, welche Methoden notwendig sind, beziehungsweise entwickelt werden müssen, damit sich auch reell etwas verändert, gibt es nicht. Die Statistiken erlauben den freien Trägern, Politikern und Erwachsenen eine Sicht auf die vorhandenen Problemlagen und deren Rückschluss auf vermutete Notwendigkeiten ist dabei aber subjektiv (Vgl. Stadt Leipzig 1997 S. 29ff.)

In der Jugendhilfeplanung von 1997 ist eine statistische Auswertung von befragten Kindern und Jugendlichen mit eingebettet. Diese Erhebung wurde vom Amt für Statistik und Wahlen 1993 durchgeführt. Bei dieser Untersuchung wurden scheinbar zwölf Fragen gestellt, denn mehr Statistiken mit Erläuterungen sind nicht vorhanden. Die befragten Kinder und Jugendliche waren zehn bis sechzehn Jahre alt. Kritisch ist anzumerken, dass keine Altersgruppen darunter und darüber vorhanden sind, des Weiteren keine Gesamtanzahl von Befragten vorhanden ist und die anderen Schulformen außer den Mittelschülern und Gymnasiasten nicht einbezogen worden sind. Auch die Differenz von fast fünf Jahren seit der Erhebung ist nicht unerheblich, da sich in solch einem Zeitraum der Bedarf geändert haben kann, weshalb eine mittelfristige Fortführung von vielen Wissenschaftlern empfohlen und vom KJHG vorgeschrieben wird (siehe Punkt 1. und 3.1.). Somit kann für einen außenstehenden Dritten nicht ausgesagt werden, ob, vor allem durch das Fehlen der Gesamtzahl von Befragten, von einer repräsentativen Bedarfsanalyse ausgegangen werden kann. Als positive Kritik ist zu nennen, dass nach inneren Gefühlszuständen gefragt wurde, um zum Beispiel daraus schließen zu können ob Lebenskompetenzen gefördert werden müssen (Vgl. Stadt Leipzig 1997 S. 60).

Auf Grund des gesamten Planungsprozesses inklusive der Bedarfsanalyse entstand unter den einzelnen Leistungsbereichen auch ein Planungsprozess, welcher darauf hinauslief, bedarfsgerechte Leistungen anzubieten. Dadurch wurden unter anderem Träger dazu angehalten Leistungen zu koppeln, damit bedarfsgerechter gehandelt werden konnte.

Im Folgenden werde ich mich mit den Teilfachplänen zur Kinder- und Jugendförderung und der Berichtserstattung zum Freizeitverhalten von den Kindern und Jugendlichen aus Leipzig auseinander setzen. Denn diese wurden innerhalb eines mittelfristigen Planungszeitraumes fortgeschrieben beziehungsweise erneuert.



#### 4.2.1. Freizeit in Leipzig 2006

Im Jahr 2006 wurde zum dritten Mal eine Erhebung zum Freizeitverhalten und allen Umwelteinwirkungen die auf Kinder und Jugendlichen einwirken, erhoben. An der Befragung haben 2433 von geplanten 3088 Kindern und Jugendlichen ab zwölf Jahren teilgenommen. Die unter Achtzehnjährigen mussten eine schriftliche Erlaubnis der Eltern nachweisen, was vor allem durch die Eltern in den Förder- und Mittelschulen verweigert wurde. Dadurch hat sich herauskristallisiert, dass nicht nur die Förder- und Mittelschüler unterdurchschnittlich vertreten sind, sondern im Umkehrschluss ungünstiger Weise die Berufs- und Fachoberschüler überdurchschnittlich vertreten sind. Somit ergibt sich eine Verschiebung der Wirklichkeit und es kann nicht genau formuliert werden, ob es dem tatsächlichen Bedarf entspricht, vor allem nicht, wenn die Durchschnittsmenge unter Beachtung der differenzierten Daten betrachtet wird. Auch bezüglich der finanziellen Mittel, findet eine Verschiebung statt. Im Kalenderjahr 2006 war ich selber ein häufiger Nutzer eines offenen Treffs in Leipzig. Die finanziellen Mittel, welche die Jugendlichen zu ihrer freien Verfügung haben (siehe Anlage 14), stehen im Widerspruch zu meinen Erinnerungen. Durch diesen Widerspruch würde sich mir erklären, warum die befragten Jugendlichen nicht bereit gewesen sind, für bestimmte Leistungen zu bezahlen (Vgl. Stadt Leipzig 2007b, S. 3ff.).

Die zehn befragten Mittelschulen und Gymnasien wurden aus verschiedenen Stadtteilen ausgewählt. Vermutlich sollte dadurch eine sozialisations- und planungsbereichsbedingte Inklusion vermieden werden. Der Umstand, dass einige Schüler aus anderen Stadtteilen beziehungsweise aus dem Landkreis kommen, wurde ebenso vernachlässigt. Bei den Berufsschulzentren und den Fachoberschulen können prinzipiell keine planungsbereichsbedingten Erwartungshaltungen erforscht werden, da diese ihre spezifischen Angebote haben und somit jeder auf Grund seines Berufswunsches die entsprechende Einrichtung besucht (Vgl. Stadt Leipzig 2007b, S. 3ff.).

Gemessen an der zeitlichen Freizeit wurden nicht nur intensiv die Freizeitinteressen und die entsprechende Nutzung erfragt, sondern auch intensiv nach den räumlichen Wohlbefinden von Schule, sich in einer Wohnung aufzuhalten, egal ob in der eigenen oder bei Freunden, bis zu innerem Wohlbefinden. Dabei spielten Ängste in Bezug zur persönlichen und familiären Gegenwart und Zukunft sowie zu Kompetenzen zur

Bewältigung von Konflikten, eine Rolle. In diesen Zusammenhang gehört auch das Herausfinden, ob Jugendliche die eigenen Potenziale haben, sich den Freizeitmöglichkeiten entgegenzustellen oder woran das fehlende Interesse liegt. Bezüglich des zuletzt genannten Punktes wurden die Kinder und Jugendlichen zusätzlich befragt, wie die eigene Kompetenz zur Erschließung bedarfsgerechter Leistungen eingeschätzt wird (Vgl. Stadt Leipzig 2007b).

Es zeigt sich zum Beispiel bezüglich des Freizeitinteresses, dass das „selbst musizieren“ (Stadt Leipzig 2007b, S. 17) im Verhältnis zur Befragung von 2001 gestiegen ist. Auch ist der Umgang mit computergestützter Software zum Musizieren oder dem Bearbeiten von Fotos und ähnlichem gestiegen (Vgl. Stadt Leipzig 2007b, S.17f.).

In den Jugendverbänden ist die Anzahl an jungen Mitgliedern zu 2000 gestiegen. Die finanzielle Förderung im Gegenzug gesunken (siehe Anlage 15).

Die Qualität der Befragung ist über die Jahre gestiegen. Diese ist differenzierter und vielfältiger aufgebaut. Daraus lässt sich ein Bedarf in Verbindung mit sozialstatistischen Daten ablesen. Die Daten fließen jedoch nicht transparent und ersichtlich in die Teilfachplanung ein. Eine konkrete Einordnung würde erkennen lassen, weshalb bei der Fortschreibung 2007 lediglich in vier Ortsteilen von Leipzig Veränderungen vorgenommen worden sind. In einem Gespräch mit einem angestellten eines Trägers (siehe Anlage 2) wurde mir versichert, dass eine stärkere Transparenz offensichtlich sein wird, bei der derzeitigen Fortschreibung zur Kinder- und Jugendförderung.

#### **4.2.2. Fachplan Kinder- und Jugendförderung**

Fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des Jugendhilfeplans von Leipzig wurde die Teilfachplanung „Fachplan Kinder und Jugendförderung“ (Stadt Leipzig 2002) vom Leipziger Stadtrat verabschiedet und somit zuvor von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Jugendhilfeausschuss der Stadt Leipzig und den freien Trägern erarbeitet. Dem Literaturverzeichnis ist zu entnehmen, dass unter anderem auf die von 1997 entwickelte Jugendhilfeplanung intransparent bezuggenommen worden ist. Auf jeden Fall für Dritte nicht nachvollziehbar dargestellt. Es wird trotzdem durch den Verweis im Literaturverzeichnis deutlich, dass die

Teilfachplanung nicht losgelöst von den bereits entwickelten Standpunkten betrachtet wird (Vgl. Stadt Leipzig 2002).

„Mit dem Fachplan Kinder- und Jugendförderung wird das Ziel verfolgt, einerseits eine Reflexion der geleisteten sozialpädagogischen Arbeit einschließlich der fachlichen Qualifizierung der einzelnen Leistungsbereiche zu ermöglichen, andererseits unter Beachtung von Leitlinien der Kinder- und Jugendförderung den fachlichen und sozialräumliche Erfordernissen für anstehende und zu bewältigende Aufgaben und Anforderungen im Rahmen der Inhalte und Zielstellungen nach § 11 bis 14 KJHG zu entsprechen“ (Stadt Leipzig 2002, S. 8, Herv. entfernt J.H.).

Gegenüber der Jugendhilfeplanung von 1997 wurden dem Fachplan zu Beginn Leitlinien vorangesetzt, nach dem die Fachplanung inhaltlich aufgebaut sein soll. So wurde zum Beispiel, wie bei der Leitlinie „Freizeiterfahrungen zur Selbstorganisation und Mitverantwortung vermitteln“ (Stadt Leipzig 2002, S. 14) ein Ist-Stand vorangestellt, in dem unter anderem auf die Freizeitstudie von 2000 Bezug genommen wird. In dieser Studie haben aufgerundet 30% der befragten Kinder angegeben einen Freizeittreff zu besuchen. Danach wurde festgestellt, welche Entwicklungsmöglichkeiten sie für sich selber und für ihr Umfeld innerhalb solch einer Einrichtung, sehen. Zum Schluss einer jeden Leitlinie werden die Aufgaben formuliert. Bei der eben genannten Leitlinie, sollen für die Zukunft zum Beispiel Projekte angeregt werden und intensiver gefördert werden, in denen die Kinder und Jugendlichen sich selber und aktiv einbringen können, um sich zu einer sozialkompetenten Person zu entwickeln und um sich in ihrer Umgebung qualitativ einbringen zu können (Vgl. Stadt Leipzig 2002, S.10ff.).

Der Fachplan der Kinder- und Jugendförderung von 2007 hat festgehalten, dass mit allen beteiligten Fachkräften und Interessierten der sozialen Arbeit eine Diskussion über die zukünftige Ausgestaltung im Bereich der Kinder- und Jugendförderung geführt werden soll. Des weiteren „werden die konkreten Lebenswelten und – verhältnisse von Kindern, Jugendlichen und jungen Familien sowie die daraus resultierenden Bedürfnisse und Interessen als Ausgangspunkt des planerischen fachlichen Handelns betrachtet“ (Stadt Leipzig 2007a, S. 10, Herv. entfernt J.H.). Diese Bedarfsgrundlage konnte in der Fachplanung von 2002 wie bereits angemerkt, durch dessen Literaturverzeichnis nachvollzogen werden. In der Planung von 2007 wird unter dem siebten Kapitel eine „Bestandsaufnahme und –bewertung, Planung und Zusammenfassung“ (Stadt Leipzig 2007a, S. 75) für alle Ortsteile der Stadt

Leipzig aufgeführt. Es werden statistische Daten aufgeführt, wie zum Beispiel die Anzahl der dort lebenden Kinder und Jugendlichen nach Alter, sowie die Anzahl der davon Delinquenten, Arbeitslosen und der ausländischen Kinder und Jugendlichen. Neben der Bestandsdarstellung und den möglichen Potentialen die jeder Ortsteil durch seine Lage mit sich bringt, wurden bei lediglich vier Ortsteilen eine Veränderung der Leistungen angemerkt ist. An dieser Stelle möchte ich verdeutlichen, dass nicht zu erkennen ist, auf welcher Grundlage dieser Handlungsbedarf besteht beziehungsweise bei allem anderen nicht bestehen soll. Des Weiteren finden sich an dieser Stelle keine Ergebnisse aus dem Bericht zur Freizeit in Leipzig von 2006 (siehe Punkt 4.3.1.) in dem die Jugendlichen Bedarf angemeldet haben. Ein Vergleich gegenüber dem Fachplan von 2002 wurde nicht angestrebt, der die sehr häufige Formulierung „kein struktureller Veränderungsbedarf“ (Stadt Leipzig 2007a, S. 132) rechtfertigt. Wie ich oben bereits zitiert habe, werden unter Berücksichtigung der „... daraus resultierenden Bedürfnisse“ (Stadt Leipzig 2007a, S. 10) entsprechende Veränderungen vorgenommen. Jedoch sind diese wie bereits beschrieben nicht vorzufinden (Vgl. Stadt Leipzig 2007a, S. 10ff.).

Im Gegenzug dazu wurde in der Fachplanung aus dem Jahr 2002 auf Grund der für Dritte nicht erkennbaren Bedürfnisse in Verbindung mit den statistischen Daten ein hoher Planungsaufwand betrieben, um den scheinbar ermittelten Bedarf zu decken. Unter dem vierten Kapitel der Fachplanung von 2002 sind keine anderen Daten angegeben als die, die in der Jugendhilfeplanung von 1997 vorzufinden sind. Es wird verdeutlicht, dass die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen ihre Beachtung gefunden haben, auch wenn nur ältere Kinder und junge Jugendliche befragt worden sind (siehe Punkt 4.2.). Es wurden neue Angebote in den einzelnen Ortsteilen angesiedelt und unter den bestehenden Angeboten der einzelnen Leistungsbereiche auf Vernetzung verwiesen (Vgl. Stadt Leipzig 2002, S. 110ff.).

#### **4.2.3. Aktueller Stand zur Fortschreibung des Teilfachplan Kinder- und Jugendförderung**

In diesem Jahr (2011) wird die Teilfachplanung der Kinder- und Jugendhilfe fortgeschrieben. In einem anregenden Prozess sollen sich alle Fachkräfte und

Interessierte mit einbringen, damit diese im ersten Drittel des nächsten Jahres vom Stadtrat beschlossen werden kann. Von der Verwaltung ist gewünscht, dass der Teilfachplan von allen gemeinsam in den Stadtrat vorgestellt werden soll, um damit die Einigkeit der Verwaltung, der Fraktionen durch den Jugendhilfeausschuss und den freien Trägern zu vermitteln.

In sogenannten Workshops wurde in den einzelnen voraussichtlichen Versorgungsräumen (zukünftigen Planungsräume) die geplante Fortschreibung der Teilfachplanung vorgestellt. An diesen Workshops hat die Verwaltung die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe eingeladen, um diese an der Mitgestaltung der Teilfachplanung mitwirken zu lassen. Die nun folgenden Aussagen schlussfolgere ich aus der Teilnahme an zwei dieser Veranstaltungen, zu denen keine Protokolle vorhanden sind.

Im Mittelpunkt der Planung der Verwaltung steht die Erschaffung von sieben Stadtteilzentren. Ziel ist eine Vernetzung unter den freien Trägern zu erreichen, damit diese für die Kinder und Jugendlichen durch Dialoge eine Weiterentwicklung in der Kinder- und Jugendarbeit, sowie Kooperation erreichen. Die bestehenden Netzwerke und Arbeitskreise dürfen weiterhin genutzt werden. Würde sich ein derzeitiges Netzwerk als tragfähig erweisen und die eben angesprochenen Funktionen erfüllen, darf es das zukünftige Netzwerk werden. Die Stadtteilzentren sollen mit jeweils zwei Personalstellen besetzt werden. Eine Stelle wird mit jemandem aus der Verwaltung besetzt und die zweite von einem der freien Träger. Aus den derzeitig stabilsten freiwilligen Zusammenschlüssen von Netzwerken in den einzelnen Stadtteilen, welche mehrere Stadtteile in sich vereinen, wählen die freien Träger unter sich den Träger aus, der den Mitarbeiter für das zukünftige Stadtteilzentrum stellen darf. Dessen Aufgabe wird es sein, neben der Vernetzung der freien Träger in seinem Sozialraum, für eine bedarfsgerechte, leistungsübergreifende und qualitative Weiterentwicklung der Jugendarbeit im Allgemeinen und die Verbindung zur Verwaltung für eine schnelle Bearbeitung von möglichen Veränderungen innerhalb des betreffenden Sozialraums andererseits zu gewährleisten. Unklar ist die Finanzierung dieser insgesamt vierzehn Personalstellen. Diese wurde auch von Herrn Ehlert (Fachplanung) und Herrn Geng (Förderung) des öffentlichen Träger der Stadt Leipzig bestätigt.

In diesen Workshops wurde auf Freiwilligkeit in der Zusammenarbeit in den zukünftigen Netzwerken hingewiesen, denn es sei das Interesse aller, für die Kinder

und Jugendlichen gemeinsam tätig zu werden. Das steht im Widerspruch zu der Tatsache, dass jene freien Träger aus der Förderung ausgeschlossen werden können, die nicht an diesen Arbeitskreisen teilnehmen. Es werden keine weiteren finanziellen Ressourcen zu Verfügung gestellt, um an diesem *freiwilligen* Arbeitskreis mitwirken zu können. Die freien Träger äußerten sich teilweise kritisch, denn in Leipzig gab es schon einmal eine ähnliche Struktur, welche auf mehr Qualität durch Leistungsbereitstellung durch weniger Träger erreicht werden sollte. Es fand keine Auswertung über gelungene und weniger gelungene Prozesse statt. Des Weiteren wurde teilweise geäußert, dass ein Netzwerk welches aufgezwungen wird, wahrscheinlich von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.

Ein weiterer unklarer Punkt ist der Umstand, dass die freien Träger nicht wissen auf welcher Grundlage verschiedene Angebote, unabhängig der geplanten Sozialräume, neu integriert werden beziehungsweise einer Veränderung bedürfen. Es wird auf eine durchgeführte Jugendstudie verwiesen, welche für niemanden einsehbar ist. Durch diese Intransparenz werden Ängste geschürt, womit stärker denn je eine Planungsunsicherheit für die freien Träger besteht.

Der derzeitige größte Kritikpunkt ist die Tatsache, dass kein Ziel formuliert wurde, wo die Jugendhifelandschaft sich hinbewegen soll und welche Strukturen für die Kinder und Jugendlichen verändert werden müssen, damit diese sich zu einer selbständigen Persönlichkeit entwickeln können.

## **5. Zusammenführung und Schlussfolgerungen**

Aus beiden Jugendhilfeplänen kann herausgelesen werden, dass 1997 in Leipzig und 2001 in Dresden eine Bedarfsdeckung eingeleitet worden ist. Jedoch ist wegen den genannten Gründen nicht ersichtlich oder nur teilweise ersichtlich, auf welcher Grundlage, welche Veränderungen herbeigeführt worden sind.

In Leipzig wurde auf Grund der Zusammenführung von Daten aus dem Amt für Statistik und Wahlen und der Schülerbefragung von 1993 (siehe Punkt 4.2.) und den Berichten über das Freizeitverhalten (siehe Punkt 4.2.1.) über die letzten vierzehn Jahre ein Bedarf ermittelt, welcher aufgrund der genannten Kritiken (siehe Punkt 4.2.) aus meiner Sicht nicht als eine bedarfsgerechte Analyse betrachtet werden kann. Es wurden vermutlich nicht alle Leistungsempfänger in die Untersuchung mit einbezogen, somit finden die gesetzlichen Bestimmungen nicht ihre volle Beachtung

(siehe Punkt 3.1.). Es kann deswegen nicht von einer bedarfsgerechten Planung gesprochen werden, da der Bedarf nicht umfänglich ermittelt worden ist. Die Fachkräfte der Leistungsbereiche wurden auch nicht befragt, obwohl diese auf Grund ihrer Ausbildung, Prognosen über mögliche Entwicklungen geben könnten.

In der Stadt Dresden wurde die Dresdner Kinderstudie aus dem Jahr 2000 als eine bedarfsgerechte Untersuchung bezeichnet. Die genannte Kinderstudie ist, wie bereits erwähnt nicht einsehbar und wurde mir auf Anfrage auch nicht zugestellt. Daher kann ich keine Aussage treffen, in wie weit diese Studie, Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen aufzeigt (siehe Punkt 4.1.).

In beiden Jugendhilfeplänen wurde erwähnt, dass die jeweiligen Erhebungen in die Planungen mit eingeflossen sind. In keinem von beiden Plänen wurde dargestellt, warum Veränderungen in der jeweiligen Jugendhilfelandschaft erfolgt sind. Sei es, weil die Kinderstudie von Dresden nicht einsehbar ist oder weil keine Vergleichbarkeit wie bei der Jugendhilfeplanung der Stadt Leipzig erbracht worden ist. Deutlich ist, dass in beiden Jugendhilfeplänen große Strukturveränderungen für einzelne Planungsbereiche gefordert wurden. Diese Veränderungen wurden teilweise nach Dringlichkeit bewertet. Das heißt, in welchem Zeitrahmen die Veränderungen durchzuführen waren.

Der Bericht zur Freizeitgestaltung in Leipzig wurde über die Jahre hinweg verfeinert. Durch differenzierte Fragestellungen wurde dieser an die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen mehr angepasst. Vor allem wenn die zehn Statistiken, welche auf zehn Fragestellung hinweisen können, aus der Jugendhilfeplanung von 1997 mit zu Grunde gelegt werden. Somit wurde der Versuch unternommen sich über Jahre hinweg mit der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen und deren sozialem Umfeld auseinanderzusetzen.

Beide öffentliche Träger (Leipzig und Dresden) erstellen in einem kontinuierlichen Zeitrahmen eine Broschüre mit statistischen Angaben über Besucher- und Teilnehmeranzahl einzelner Leistungsangebote bis hin zu Mitgliederstatistiken in Verbänden. In Leipzig wird diese Broschüre „Jugendhilfereport“ (Stadt Leipzig 2011) genannt und erscheint jährlich und in Dresden „Sozialatlas“ (Landeshauptstadt Dresden 2011). In beiden Broschüren befinden sich auch teilweise für die Planungsräume wichtige zusammengefasste statistische Werte wieder, welche für eine bedarfsgerechte Kinder- und Jugendarbeit genutzt werden können. So zum

Beispiel die Anzahl von Arbeitslosen oder wie viele kleinere Familien oder Familien mit weniger oder mehr als vier Kindern in einem Planungsbereich anzutreffen sind.

Die durch Joachim Kaap in Dresden in die Wege geleiteten Wirkungsziele und die Verfestigung von Strukturen unter den freien Trägern, sowie die Programmatische Jugendhilfeplanung wurden unter den Trägern kritisch betrachtet. Einige Ideen wurden nicht umgesetzt, so zum Beispiel das Sächsische Zentrum für Wirkungsforschung. Die Idee der Kumulierung der Haushaltsmittel von 2007 bis 2009 wurde wahrgenommen. Nicht nur wegen der schwierigen Haushaltslage ab 2009, sondern auch wegen der Nachanträge, die gestellt werden mussten, fand keine Fortführung dieser Idee statt. Nach den Wirkungszielen versuchen die Basismitarbeiter zu arbeiten. In verschiedenen Gremien und Netzwerken, werden die Wirkungsziele enger gefasst, damit die Mitarbeiter vor Ort bedarfsgerechter mit diesen arbeiten können.

Bevor die externe Evaluation begann, fand diese einen großen Zuspruch, vor allem unter den freien Trägern. Dem Ergebnis sind einerseits eine Bestandsaufnahme und ein Vergleich von Daten mit der Aktenlage aus dem Jugendamt der Stadt Dresden zu entnehmen. Andererseits sind keine Maßnahmen zur Bedarfsdeckung eingeleitet worden.

Die Jahresabschlussberichte der Leistungsträger in Dresden wurden auf ihre Verständlichkeit für interne Zwecke und für Dritte hin untersucht. Einige dieser Fragen konnten mehrdeutig verstanden werden, beziehungsweise waren die Fragestellungen zu undeutlich formuliert. Diesbezüglich wurde ein wechselseitiger Dialog zwischen den freien Trägern und der Verwaltung zur Modifizierung empfohlen. Viele Anregungen der Evaluatoren wurden nicht übernommen (siehe Anlage 1). Auf Grund der Finanzierung solch einer Evaluation, ist es bedauerlich, dass die empfohlenen Handlungen nicht aufgenommen wurden.

Trotz meiner kritischen Äußerungen, ist festzuhalten, dass beide Städte sich durch verschiedene Anregungen im Bereich der Kinder- und Jugendförderung weiter entwickelt haben.

Ein wesentlicher Schritt ist die Einbeziehung von allen planungsrelevanten Ämtern, Funktionsträgern und der Klientel selber. Die Fragen zur Freizeitgestaltung in Leipzig sind detaillierter und erfassen einen größeren Umfang und sind mehr als vorher an den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen orientiert.



Durch die Interventionen von Joachim Kaap in Dresden, wurde die Jugendhilfelandchaft auch weiterentwickelt. Diese beiden Prozesse (Programmatische Jugendhilfeplanung und Wirkungszielkatalog) haben dafür gesorgt, dass die einzelnen Arbeitskreise sich mit den neuen Anforderungen auseinandergesetzt haben und diese sogar, wenn möglich verfeinert und differenzierter ausgestaltet haben.

Das gesetzliche Ziel, zeitlich eine mittelfristige Planung anzustreben, ist nicht gelungen. Jedoch das selbst erklärte Ziel, einen ständigen Prozess stattfinden zu lassen, wie es in der Jugendhilfeplanung von 2001 formuliert wurde, durch die Programmatische Jugendhilfeplanung und den Wirkungszielkatalog, gelungen.

Bevor ich mich mit den Handlungsempfehlungen auseinandersetze, möchte ich auf einen sehr interessanten Auszug aus der Evaluationsstudie hinweisen. Dieser Auszug bezieht sich auf die oben bereits angesprochenen Jahresabschlussberichte und die Feststellung, dass manche Fragen keine klaren oder mehrere Antworten zu lassen. Dieser Auszug wurde vermutlich mit einem ironischen Hintergrund formuliert:

*„Das [Angebot] wurde realisiert von 217 Kindern, mit 5500m<sup>3</sup> Fläche, 125 Papphockern, 62 Mitarbeitern, 350 Namensbuttons, 312 Ausweisen, 300 / Kaffee, 342 Bechern Eis, 283 m Bauzaun, über 1500 Kabelbindern, 120 Litern Orangensaft, 200 gespülten Tellern, 100 Litern Farbe, gerissenen Gitarrensaiten, 38000l Trinkwasser, 12 Kg Nägeln, 23 Nähnadeln, 9800 Schrauben, 30m<sup>2</sup> Holz, 1500 gedruckten Zeitungen ...“ (kom.sd. 2009, S. 120, Herv. i. Orig.).*

## **6. Handlungsempfehlungen**

Wie sich dem Leser vermutlich schon erschlossen hat, ist nach dieser Bestandsaufnahme, eine vollständige Übernahme der jugendhilfeplanerischen Prozesse von Dresden auf Leipzig nicht Empfehlenswert. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass ein gegenseitiges Aufgreifen für die jeweilige Planung von Interesse sein könnte.

Aufgabe einer familienfreundlichen Stadt, wie Leipzig sich bezeichnet, sollte sein, dass einem angemeldeten Bedarf eine entsprechende Handlung folgt. Um eine Bedarfsdeckung einzuleiten, hat jedoch eine ordentliche Bedarfsanalyse voranzugehen. Dazu verpflichtet schon alleine die gesetzliche Bestimmung aus dem KJHG, aber auch die einschlägige Literatur empfiehlt es (Vgl. Literaturverzeichnis). In

Leipzig wurde über die Jahre eine ausdifferenzierte Befragung über das Freizeitverhalten von Kinder und Jugendlichen erstellt. Würden meine genannten Kritikpunkte Beachtung finden, glaube ich, dass eine Bedarfsanalyse entwickelt werden kann und wenn diese in die Teilfachplanung ersichtlich eingebunden wird, dem auch eine entsprechende Bedarfsplanung erfolgen könnte. Die sozialstatistischen Angaben sind sehr gut aufgearbeitet und stehen für einzelne Planungsbereiche zur Verfügung. Beides zusammen sollte als Grundlage für eine Bedarfsanalyse dienen. Somit würden die Geldmittel für die Erstellung dieser Befragung und Broschüren auch nachvollziehbar sein und erwecken bei mir nicht den Eindruck von finanzieller Verschwendung. Eine Bedarfsdeckung zu erreichen, ist somit auf den Weg gebracht.

Eine Einsicht in die erste Kinderstudie der Stadt Dresden wäre von Vorteil, um diese nach Kriterien auszuwerten, die sich durch einen direkten Vergleich mit den Freizeitberichten von Leipzig heraus kristallisieren könnten. Dadurch ergibt sich unter Umständen, dass Fragestellungen über das Leben von Kindern und Jugendlichen bekannt werden oder in Zusammenhang gesetzt werden könnten, die für die jeweils andere Stadt auch von Relevanz sein könnte, unter Beachtung der jeweiligen sozioökonomischen Bedingungen.

Es sollte nicht nur aus Sicht der freien Träger ein Interesse darin bestehen bedarfsgerecht (aufgrund von internen Evaluationen oder subjektiven Einschätzungen) zu handeln. Würde die Politik den Versuch unternehmen, nicht die Haushaltsmittel als Ausgangspunkt zu sehen, sondern nach dem vorhandenem Bedarf zu handeln, würde sich dadurch unter Umständen der Druck auf den öffentlichen Träger verringern und dieser würde eine Planungsverantwortung entwickeln können ohne ein zu drastischen Blick auf die verfügbaren Haushaltsmittel werfen zu müssen. Den Empfehlungen vom sächsischer Kinder- und Jugendbericht würde dadurch auch Rechnung getragen werden.

Die geplante Dezentralisierung in Leipzig ist aus meiner Sicht schwer vorstellbar. Im Zuwendungsbescheid ist der Tätigkeitsort benannt, nach den Standards, welche derzeit gelten, besteht kein Versicherungsschutz und der Zuwendungszweck wird nicht erfüllt, wenn ein Mitarbeiter bei einem andern Träger „aushilft“. Die Vertreter der freien Träger bei den Workshops beklagten sich über arbeitsrechtliche Konsequenzen, die daraus folgen könnten. In einem offenen Dialog zwischen öffentlichen und freien Trägern über kurzfristige Konzeptionsveränderungen, um der

Klientel außerhalb von Einrichtungen entgegen treten zu können, wären als ein erster Ansatzgedanke vorstellbar. Es müsste aber geklärt werden, wie sich so etwas auf die Fördermittelbescheide auswirkt. Denn die Fördermittel sind auf die Einrichtung bezogen und ein kurzfristiger Austausch würde somit den Förderbedingungen widersprechen. Es wäre zu untersuchen, ob und in wieweit Dresden diese Dezentralisierung umsetzen konnte und welche Konsequenzen daraus entstanden sind.

In Leipzig ist für die aktuelle Fortschreibung keine Zielgröße bekannt, beziehungsweise was genau für die Kinder und Jugendlichen erreicht werden soll. Damit wird eine Unsicherheit unter den freien Trägern geschürt, da diese nicht wissen, wie sie sich in die Fortschreibung einbringen können. Ein offener Dialog, wie er in Dresden durch Arbeitsgremien entstanden ist, könnte dem Abhilfe schaffen, da gemeinsame Ziele formuliert werden.

An einigen Stellen wurden Ängste von freien Trägern gegenüber dem öffentlichen Träger genannt. Oft geht mit dieser Angst eine Befürchtung zur Kürzung der Fördermittel einher. Die öffentlichen Träger beschreiben im Gegenzug, dass sie solche Ängste nicht verstehen können. Eine dritte Instanz, in Form von einem Mediator, könnte unabhängig von Befindlichkeiten auf eine Einigung jeglicher Art abzielen. Die Idee des Zentrums für Wirkungsforschung, könnte zum Beispiel solch eine Funktion zusätzlich einnehmen, da dieses ja das primäre Interesse haben sollte, Standards für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfelandchaft zu entwickeln. Somit würde es eine unabhängige Position einnehmen können.

Das Wirkungsforschungszentrum könnte auch durch die Unterstützung der Hochschulen von Sachsen profitieren, die sich mit Sozialwissenschaften auseinandersetzen. Die Hochschulen im Umkehrschluss ebenfalls. Die Studenten der Fakultäten könnten in die Forschung mit einbezogen werden. Durch die verschiedenen sozialwissenschaftlichen Fakultäten, welche sich an vielen Orten in Sachsen befinden, können viele Regionen, aber auch ländliche Regionen abgedeckt werden.

Den gesetzlichen Bestimmungen des KJHG, die Haushaltsmittel nach dem Bedarf zu richten, wird nicht Rechnung getragen. Persönlich könnte ich mir vorstellen, wenn eine bedarfsgerechte Befragung stattfinden würde, auch wenn dabei Bedarf angemeldet wird, der vielleicht nicht so explizit aufgetreten wäre, dass lediglich bestimmte Leistungsangebote unter den Planungsbereichen verschoben werden

müssten. Möglich könnte auch sein, dass die Leistungsträger, um dieser Bedürfnisse gerecht zu werden, sich weiterentwickeln und bestimmte Leistungen konzeptionell verändern.

In Leipzig ist für mich unverständlich, warum eine neue Struktur von Arbeitskreisen geschaffen werden soll. Die drei Dachverbände im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe könnten aus meiner Sicht die Planungsstellen übernehmen. Dadurch würden keine neuen Gremien erschaffen werden müssen. Nicht nur, dass die bestehenden Netzwerke genutzt werden, sondern auch der Qualität wegen, die durch die Implementierung dieser Netzwerke entstanden ist.

Eine externe Evaluation wie sie in Dresden durchgeführt wurde, wäre eine gute Idee. Jedoch unter dem Aspekt, dass eingefahrene Strukturen erkannt werden und nicht die Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Trägers überprüft wird. Eigentlich sollte das Interesse in erster Instanz den Kinder und Jugendlichen gelten.

Für mich persönlich ist unverständlich, warum der Amtsleiter des Amtes für Jugend, Familien und Bildung der Stadt Leipzig, welcher auch im Landesjugendhilfeausschuss vertreten ist, für die Empfehlungen, die aus den sächsischen Kinder- und Jugendberichten hervorgehen (siehe Punkt 4.) innerhalb seines eigenen Wirkungsbereiches nicht eintritt.

Ich möchte die Arbeit mit einer häufigen Formulierung beenden, welche aus dem Fachplan der Kinder- und Jugendförderung der Stadt Leipzig aus dem Jahr 2007, in Bezug auf die Planungsbereiche benutzt wurde. Das folgende Zitat ist jedoch in meinem Fall unter Berücksichtigung der genannten Handlungsempfehlungen zu interpretieren: „Die bestehenden Maßnahmen ... sollen fortgeführt und stabilisiert werden“ (Stadt Leipzig 2007a, S. 108).

## Anlage 1

### Träger 1

Gibt es das Zentrum für Wirkungsforschung?

*Es ist leider nicht entstanden. Eine mögliche Ursache dafür ist, dass die Ziele zu hoch angesetzt waren und deswegen für solch eine große Stadt nicht umgesetzt werden konnten.*

Werden die Wirkungsziele nach dem Dresdner Wirkungszielkatalog für die Kinder- und Jugendhilfe umgesetzt?

*Die Facharbeitskreise und die Leistungserbringer arbeiten nach diesen Zielen und sind daran interessiert, diese Ziele enger zu fassen, damit die Fachkräfte besser damit arbeiten können. Derzeitig erschlagen sie einen, da sie sehr allgemeingehalten sind.*

Fand die Kumulierung der Haushaltsmittel für eine bessere Planungssicherheit statt?

*Praktisch nicht. Von 2007 bis 2009 gab es zwar diese Kumulierung, jedoch mussten jedes Jahr Nachanträge gestellt werden, zum Beispiel wegen gestiegener Neben- und Personalkosten. Wegen der unsicheren Haushaltslage nach 2009 und der Nachanträge bestand kein hohes Interesse, diese Form beizubehalten. Zumal es auch schwer gewesen ist, über einen solchen Zeitraum eine Kosteneinschätzung abzugeben.*

Warum sind die Ansätze zur Fortschreibung (Programmatistische Jugendhilfeplanung und Wirkungszielkatalog) nicht weiter verfolgt worden? Was ist mit dem Jugendhilfeplaner aus dem Dresdner Jugendamt, der diese zwei Dinge mit eingeleitet hat?

*Joachim Kaap ist von heute auf morgen weg gewesen. Auch er war eine treibende Kraft und setzte sich sehr für eine zukünftige Fortschreibung ein und wollte diese beiden Ansätze als Basis bereitstellen.*

Wurden Veränderungen durch die Evaluationsergebnisse angestrebt? Aus meiner Sicht kann aus dieser Studie ein Bedarf abgeleitet werden!

*Veränderungen sind im Allgemeinen nicht angestrebt worden. Die Studie sollte eher darstellen wie gut das Jugendamt arbeitet, was es auch verdient hat. Aus dem Blickwinkel der Kinder und Jugendlichen wurde nie geschaut. Die vorhandenen Bedarfe werden durch die Basisinfrastruktur abgedeckt, an der jedoch wegen Kürzungen gerüttelt wird.*

Warum fand 10 Jahre lang keine Fortschreibung statt?

*Darüber haben wir uns alle beklagt. Auch die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses. Deswegen wurde sie jetzt endlich ausgeschrieben und die Evangelische Hochschule Dresden hat den Zuschlag bekommen.*

## **Anlage 2**

### **Träger 2**

In wie weit wurden die Politik und andere planungsrelevante Ämter in die aktuelle Fortschreibung mit einbezogen?

*Die Politik ist durch den Jugendhilfeausschuss mit eingebunden. Wir gehen davon aus, dass durch die Fraktionsmitglieder die Inhalte der Fortschreibung in die Fraktionen hineingetragen werden. Die planungsrelevanten Ämter (zum Beispiel: Sozialamt oder Kulturamt) wurden vor kurzem zu einer ersten Vorstellungsrunde eingeladen. Es wurde verdeutlicht, dass die 7 geplanten Sozialräume durchaus nicht starr sind und die anderen Ämter sich diesbezüglich einbringen können, damit eine*

*gemeinsame Planungsgrundlage geschaffen werden kann. Dafür wird eine AG gebildet, damit jeder seine Kriterien einfließen lassen kann.*

Wird unter den Workshops die Einbeziehung der freien Träger verstanden, welche in Planungsrelevante Angelegenheiten mit Angehört werden sollten? Diese machten auf mich eher den Eindruck auf eine Informationsveranstaltung und boten nicht wirklich die Möglichkeit sich aktiv in die Prozessgestaltung mit einzubeziehen.

*Im August / September wird noch einmal in jedem geplanten Sozialraum solch eine Veranstaltung stattfinden. Diese werden ähnlich verlaufen, wie die im Mai und Juni. Es hat jeder die Möglichkeit, sich einen Termin geben zu lassen, um über Problemsituationen vor Ort zu sprechen.*

Wo sind die Stadtweit tätigen Träger in der Fortschreibung untergebracht?

*Das steht noch offen. Es ist wichtig, die einzelnen Träger untereinander zu vernetzen beziehungsweise, die bestehenden Netzwerke zu stärken. Die Stadtweiten Träger werden vermutlich auf Grund ihrer Adresszugehörigkeit in den entstehenden Sozialräumen untergebracht.*

Wo sind die Ergebnisse der Freizeitberichte untergebracht, welche jeweils ein Jahr vor den zwei Fortschreibungen durchgeführt worden sind? Meiner Meinung nach wird nicht ersichtlich, warum vor allem in der Fortschreibung von 2007 lediglich nur in vier Planungsbereichen etwas verändert worden ist, trotz der angemeldeten Bedürfnisse von der Freizeitstudie.

*Danke für den Hinweis. Es wird diesmal mit eingearbeitet.*

Auf die Frage, in wie weit die Anregungen und Kritiken der Sächsischen Kinder- und Jugendberichte in die Planungsphase mit einfließen, habe ich keine Antwort erhalten.

## Anlage 3

Tab. 3: Mit wie vielen Wochenstunden sind die Planungsfachkräfte insgesamt beschäftigt?

	Jugendamt in einer kreisfreien Stadt		Kreisjugendamt		Kreisangehöriges Jugendamt		Keine Angabe zum JA-Typ		Gesamt	
	abs	%	abs	%	abs	%	abs	%	abs	%
Keine	4	5,0	3	2,6	1	1,3	0	–	8	2,8
1-20	9	11,3	37	31,9	30	37,5	1	16,7	77	27,3
21-40	33	41,3	57	49,1	35	43,8	2	33,3	127	45,0
41-80	14	17,5	13	11,2	8	10,0	0	–	35	12,4
81-120	10	12,5	1	0,9	1	1,3	0	–	12	4,3
>120	4	5,0	0	–	0	–	0	–	4	1,4
Keine Angabe	6	7,5	5	4,3	5	6,3	3	50,0	19	6,7
Gesamt	80	100	116	100	80	100	6	100	282	100

(Maykus/Schone 2010, S. 19)

## Anlage 4

Tab. 4: Bewertung der Rahmenbedingungen der Planung durch die Fachkräfte

	Jugendamt in einer kreisfreien Stadt		Kreisjugendamt		Kreisangehöriges Jugendamt		Keine Angabe zum JA-Typ		Gesamt	
	abs	%	abs	%	abs	%	abs	%	abs	%
1 sehr gut	10	12,5	7	6,1	6	7,6	0	–	23	8,3
2	22	27,5	36	31,3	30	38,0	2	50,0	90	32,4
3	23	28,8	38	33,0	19	24,1	0	–	80	28,8
4	15	18,8	19	16,5	17	21,5	0	–	51	18,3
5	5	6,3	12	10,4	3	3,8	1	25,0	21	7,5
6 sehr schlecht	5	6,3	3	2,6	4	5,1	1	25,0	13	4,7
Gesamt	80	100	115	100	79	100	4	100	278	100

(Maykus/Schone 2010, S. 20)



## Anlage 5

Tab. 8: Beteiligungsformen

	Jugendamt in einer kreisfreien Stadt (n=80)		Kreisjugendamt (n=116)		Kreis-angehöriges Jugendamt (n=80)		Keine Angabe zum JA-Typ (n=6)		Gesamt (n=282)	
	abs	%	abs	%	abs	%	abs	%	abs	%
Keine	3	3,7	6	5,2	2	2,5	1	16,7	12	4,3
Einzelne Aktionen	51	63,8	42	36,2	35	43,8	2	33,3	130	46,1
Kinder-/Jugend-parlament	33	41,3	19	16,4	31	38,8	1	16,7	84	29,8
Jugend-befra-gungen	53	66,3	65	56,0	50	62,5	2	33,3	170	60,3
Eltern-befra-gungen	51	63,8	50	43,1	56	70,0	2	33,3	159	56,4
Runde Tische	53	66,3	71	61,2	60	75,0	2	33,3	186	66,0
Stadtteil-konferenzen	63	78,8	32	27,6	38	47,5	2	33,3	135	47,9
Andere Formen	35	43,8	56	48,3	32	40,0	3	50,0	126	44,7

(Maykus/Schone 2010, S. 26)

## Anlage 6

Tabelle 9: Welche Akteursgruppen waren an der Jugendhilfeplanung beteiligt? (n=282)

Planungsbereiche	Keine Pla-nung/keine Beteiligung		Andere Ämter		Freie Träger		Ehren-amtliche		Jugendliche		Eltern	
	abs	%	abs	%	abs	%	abs	%	abs	%	abs	%
Jugendarbeit	15	5,3	158	56,0	249	88,3	111	39,4	146	51,8	31	11,0
Jugendsozialarbeit	63	22,3	159	56,4	192	68,1	50	17,7	46	16,3	12	4,3
Erz. Jugendschutz	71	25,2	146	51,8	166	58,9	45	16,0	34	12,1	13	4,6
Familienförderung	80	28,4	112	39,7	169	59,9	44	15,6	12	4,3	26	9,2
Tageseinrichtungen	7	2,5	183	64,9	250	88,7	43	15,2	11	3,9	111	39,4
Hilfen z. Erz.	53	18,8	105	37,2	192	68,1	28	9,9	17	6,0	20	7,1
Mitwirkung in Gerichtsverfahren	159	56,4	64	22,7	63	22,3	11	3,9	8	2,8	3	1,1
Jugendhilfe und Schule	71	25,2	183	64,9	161	57,1	36	12,8	20	7,1	36	12,8
Jugendhilfe und Gesundheitswesen	146	51,8	107	37,9	84	29,8	21	7,4	5	1,8	5	1,8

(Maykus/Schone 2010, S. 27)

## Anlage 7

Tab. 6: Mit wem wird die Planung abgestimmt?

	Jugendamt in einer kreisfreien Stadt (n=80)		Kreisjugendamt (n=116)		Kreis-angehöriges Jugendamt (n=80)		Keine Angabe zum JA-Typ (n=6)		Gesamt (n=282)	
	abs	%	abs	%	abs	%	abs	%	abs	%
Keine Abstimmung	9	11,3	53	45,7	15	18,8	1	16,7	78	27,7
Schulentwicklungsplanung	53	66,3	41	35,3	50	62,5	3	50,0	147	52,1
Planungen im Gesundheitswesen	30	37,5	27	23,3	15	18,8	2	33,3	74	26,2
Psychiatrieplanung	8	10,0	17	14,7	2	2,5	1	16,7	28	9,9
Bauleitplanung	45	56,3	16	13,8	35	43,8	1	16,7	97	34,4
Stadtentwicklung	61	76,3	11	9,5	53	66,3	3	50,0	128	45,4
Andere Planungen	29	36,3	31	26,7	16	20,0	2	33,3	78	27,7

(Maykus/Schone 2010, S. 26)

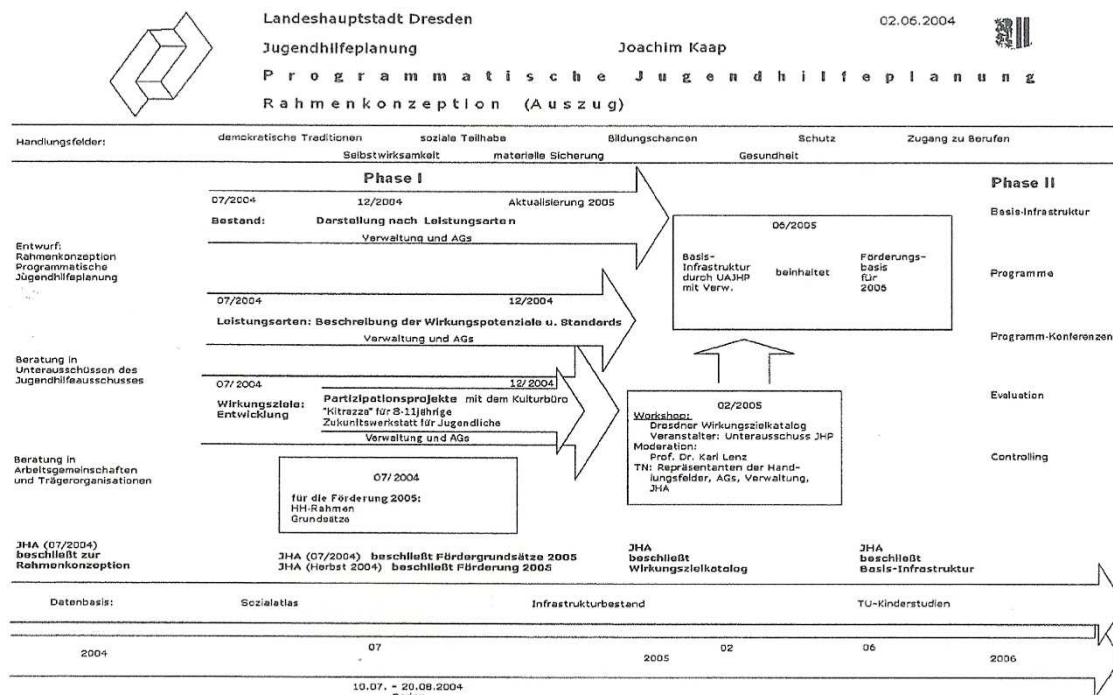
## Anlage 8

Tab. 7: Kooperationspartner

	Jugendamt in einer kreisfreien Stadt (n=80)		Kreisjugendamt (n=116)		Kreis-angehöriges Jugendamt (n=80)		Keine Angabe zum JA-Typ (n=6)		Gesamt (n=282)	
	abs	%	abs	%	abs	%	abs	%	abs	%
Keine	1	1,3	7	6,0	4	5,0	0	-	12	4,3
Schule	71	88,8	94	81,0	70	87,5	3	50,0	238	84,4
Agentur für Arbeit	41	51,3	64	55,2	25	31,3	2	33,3	132	46,8
ARGE	46	57,5	60	51,7	35	43,8	2	33,3	143	50,7
Polizei	45	56,3	66	56,9	43	53,8	1	16,7	155	55,0
Andere Institutionen	50	62,5	70	60,3	46	57,5	4	66,7	170	60,3

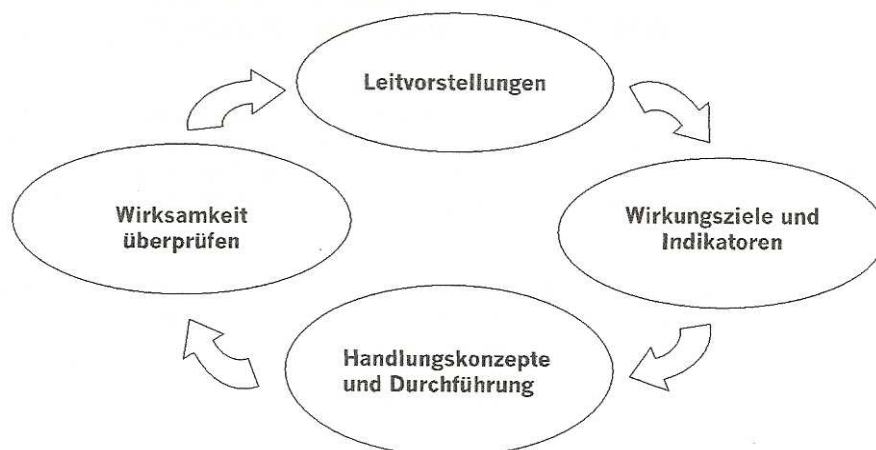
(Maykus/Schone 2010, S. 25)

## Anlage 9



(Landeshauptstadt Dresden 2004, S. 32)

## Anlage 10



(Landeshauptstadt Dresden 2006, S. 7)

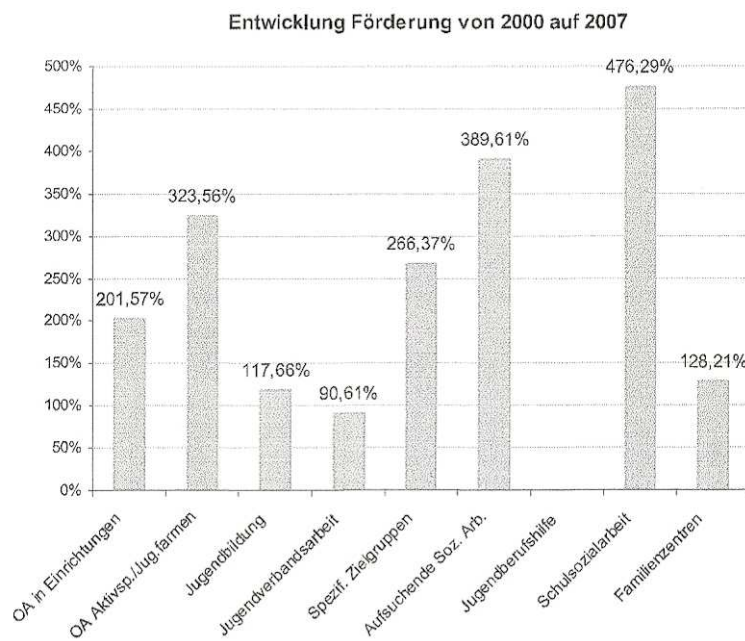
## Anlage 11

Monat	KW	Veranstaltungen und Berichterstattung	Sekundäranalyse	Jugendbefragung	Expertenbefragung	Angebotebefragung
August	32		Sichtung Strukturdaten/ Dokumente	Konzeption Jugend- Fragebogen	Konzeption Experten- Fragebogen	Konzeption Angebote- Fragebogen
	33	Planungs-Workshop mit Auftraggeber				
	34		Entwicklung Analysestrategie			
	35	Anlaufveranstaltung				
September	36					
	37		Analyse Strukturdaten		Programmierung Experten-Fragebogen Expertenbefragung Online	
	38				Zwischenauswertung Experten-Fragebogen	
	39					
	40		Analyse Dokumente	Programmierung Jugend- Fragebogen Jugend-Fragebogen Online		Programmierung Angebote-Fragebogen Angebote-Fragebogen Online
Oktober	41					
	42					
	43				Datenbereinigung Experten-Fragebogen Auswertung Experten- Fragebogen	
	44					
November	45		Dokumentation der Ergebnisse	Datenbereinigung Jugend-Fragebogen Auswertung Jugend- Fragebogen		Datenbereinigung Angebote-Fragebogen Auswertung Angebote- Fragebogen
	46					
	47					
	48					
Dezember	49					
	50					
	51			Besprechung mit Auftraggeber		
	52					
Januar	1					
	2					
	3					
	4					

(kom.sd. 2009, S. 129)



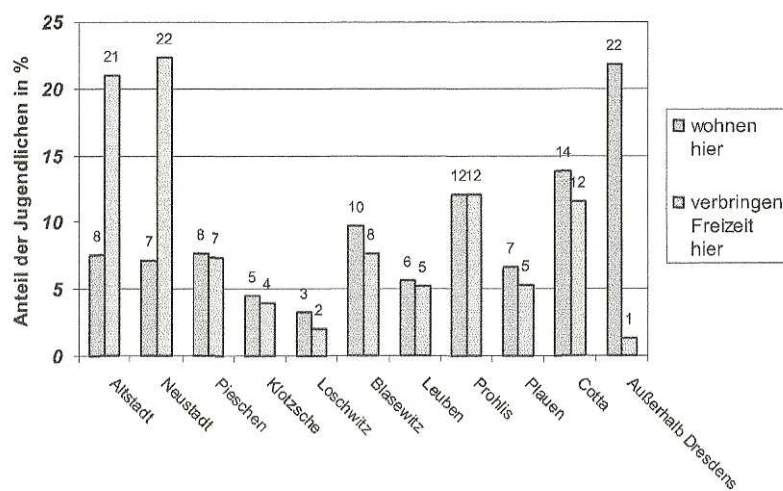
## Anlage 12



(kom.sd. 2009, S. 31)

## Anlage 13

Verteilung der Jugendlichen auf Stadtteile: Wohnen und Freizeit



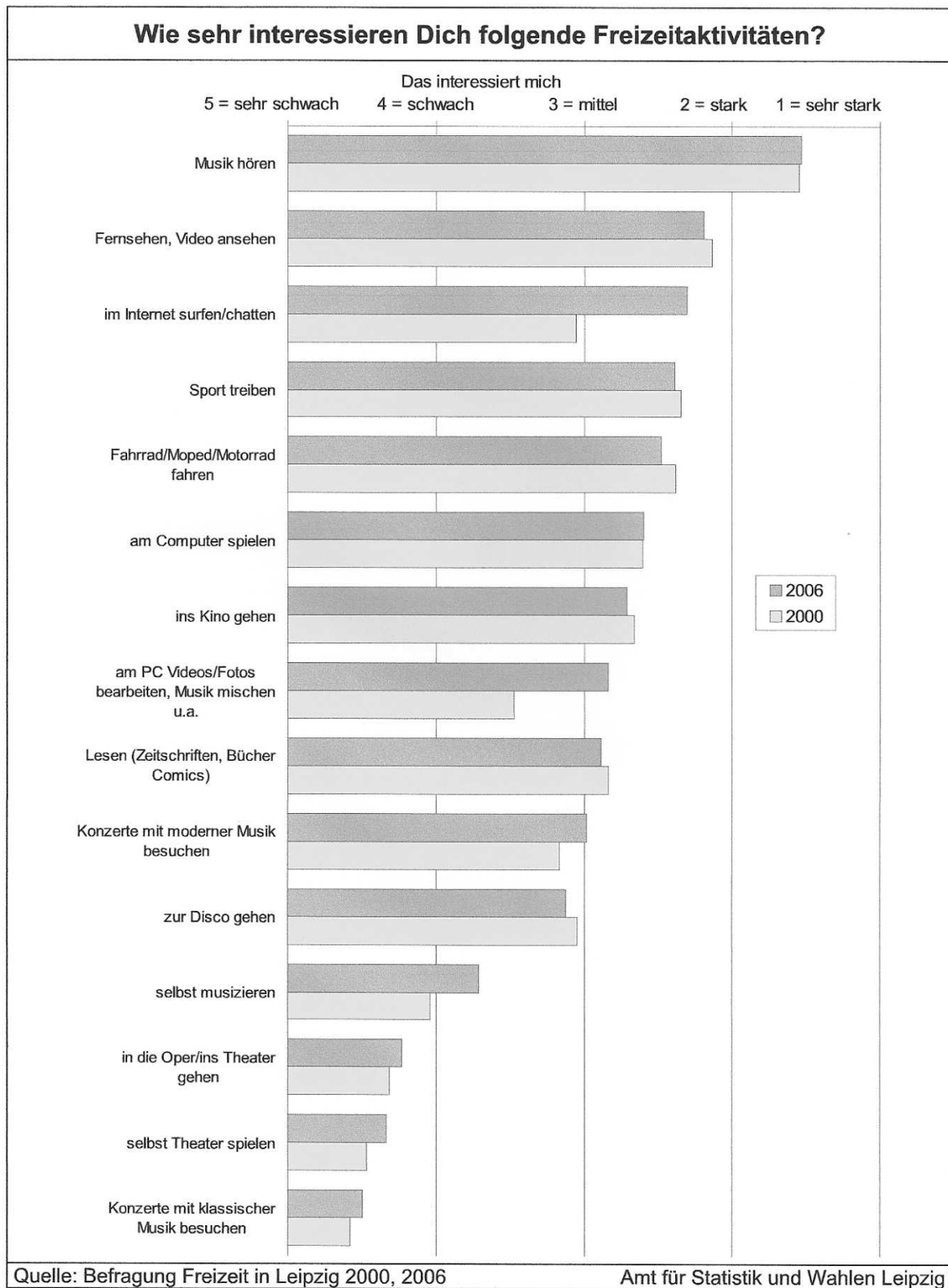
(kom.sd. 2009, S. 43)

## Anlage 14

1 unter 20 €		2 20 bis unter 30 €		3 30 bis unter 50 €		
4 50 € und mehr						
Befragte	Anzahl	1	2	3	4	Median €
		Prozent				
<b>Gesamt:</b>	1837	25	28	20	27	25,00
davon:						
männlich	849	24	27	20	28	25,00
weiblich	983	26	29	19	26	25,00
davon:						
unter 14 Jahre	284	65	24	8	2	15,00
14/15 Jahre	535	35	35	19	11	20,00
16/17 Jahre	662	12	32	28	28	30,00
18 Jahre u. älter	347	5	12	13	70	50,00
davon:						
deutsch	1744	26	28	20	27	25,00
nicht deutsch	86	23	27	20	30	27,50
davon:						
Mittelschule	514	31	36	21	13	20,00
Gymnasium	835	31	28	20	20	24,00
Berufsschule/FOS	447	8	19	16	57	50,00
Förderschule	41	37	29	29	5	20,00
davon:						
Einzelkind	471	23	27	20	30	28,00
Geschwisterkind	1364	26	28	20	26	25,00
davon berufstätig:						
beide Elternteile	1338	24	27	20	28	25,00
ein Elternteil	387	27	29	19	25	25,00
kein Elternteil	101	37	27	13	24	20,00

(Stadt Leipzig 2007b, S. 53)

## 2 Freizeitinteressen



(Stadt Leipzig 2007b, S. 17)

## Literaturverzeichnis

- Atteslander, Peter (2008): Methoden der empirischen Sozialforschung. 12. Aufl.  
Berlin: Erich Schmidt Verlag GmbH & Co
- Beller, Sieghard (2004): Empirisch forschen lernen. Konzepte, Methoden,  
Fallbeispiele, Tipps. 1. Aufl. Bern: Verlag Hans Huber
- Christiane, F. Hermann, K. & Rieck H. (2008): Wir Kinder vom Bahnhof Zoo. 50. Aufl.  
München: Bertelsmann & Gruner
- Deinet, Ulrich, Szlapka Marco & Witte Wolfgang (2008): Qualität durch Dialog.  
Bausteine kommunaler Qualitäts- und Wirksamkeitsdialoge. 1. Aufl.  
Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH
- Gläss, Holger & Herrmann, Franz (1994): Strategien der Jugendhilfeplanung.  
Theoretische und methodische Grundlagen für die Praxis. Weinheim &  
München: Juventa
- kom.sd (Kompetenzzentrum Soziale Dienste) (Hg.) (2009): Abschlußbericht zur  
Evaluation der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit in Dresden. Universität  
Bielefeld
- Mardorf, Silke (2006): Konzepte und Methoden von Sozialberichterstattung. Eine  
empirische Analyse kommunaler Armuts- und Sozialberichte. Wiesbaden: VS  
Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH
- Maykus, Stephan & Schone Reinhold (Hg.) (2010): Handbuch Jugendhilfeplanung.  
Grundlagen, Anforderungen und Perspektiven. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag  
für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien
- Oberloskamp, H. & Witterstätter, K. (Hg.) & Brosch, D. (2007): Jugendhilferechtliche  
Fälle für Studium und Praxis. 11. Aufl. Köln: Wolters Kluwer Deutschland  
GmbH
- Peukert, D. J. K. Münchmeier, R. Historische Entwicklungsstrukturen und  
Grundprobleme der Deutschen Jugendhilfe. In: Sachverständigenkommission  
8. Jugendbericht (Hg.). Jugendhilfe – Historischer Rückblick und neuere  
Entwicklungen. Materialien zum 8. Jugendbericht (Band 1), S. 1-50. Waldheim  
und München: Juventa



- Pluto, L. Gragert, N. van Santen, E. & Seckinger, M. (2007): Kinder- und Jugendhilfe im Wandel. Eine empirische Strukturanalyse. München: Verlag Deutsches Jugendinstitut
- Raithel, Jürgen (2008): Quantitative Forschung. Ein Praxiskurs. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH
- Stadt Leipzig (Hg.) (1997): Jugendhilfeplan. Rahmenplanung ab 1997. Leipzig: Hausdruckerei
- Stadt Leipzig (HG.) (2002): Fachplan Kinder- und Jugendförderung. Stadt Leipzig: DDF, Leipzig
- Stadt Leipzig (HG.) (2007a): Fachplan Kinder- und Jugendförderung. Stadt Leipzig: DDF, Leipzig
- Stadt Leipzig (Hg.) (2007b): Freizeit in Leipzig 2006.  
Ergebnisübersicht. Stadt Leipzig: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen
- Stadt Leipzig (Hg.) (2011): Jugendhilfereport 2010. Stadt Leipzig: Stadt Leipzig, Amt für Jugend Familie und Bildung
- Sächsisches Staatsministerium für Soziales (Hg.) (2003): Zweiter Sächsischer Kinder- und Jugendbericht. Lampertswalde: Stoba-Druck GmbH
- Sächsisches Staatsministerium für Soziales (Hg.) (2009): Dritter Sächsischer Kinder- und Jugendbericht. Lampertswalde: Stoba-Druck GmbH
- Titus, S (1998): Kommunale Jugendhilfeplanung. Darstellung. 3. Aufl. In: Titus, Simon (Hg.) Schriftreihe Kommunale Praxis. Kommunale Jugendhilfeplanung 1. S. 1-128. Wiesbaden: Kommunal- und Schul-Verlag GmbH & Co.

## Internetquelle

- Landeshauptstadt Dresden (2001): Kinder- und Jugendhilfeplan Dresden. Zum Download  
[http://www.netzwerk-dresden.de/templates/tyTP\\_standard\\_large.php?topic=fkp\\_politik\\_juhipla](http://www.netzwerk-dresden.de/templates/tyTP_standard_large.php?topic=fkp_politik_juhipla),  
verfügbar am 05.05.2011

Landeshauptstadt Dresden (2004): Programmatistische Jugendhilfeplanung.

Rahmenkonzeption. Zum Download

[\[dresden.de/templates/tyTP\\\_standard\\\_large.php?topic=fkp\\\_politik\\\_juhipla\]\(http://www.netzwerk-dresden.de/templates/tyTP\_standard\_large.php?topic=fkp\_politik\_juhipla\),](http://www.netzwerk-</a></u></p></div><div data-bbox=)

verfügbar am 05.05.2011

Landeshauptstadt Dresden (2006): Programmatistische Jugendhilfeplanung. Dresdner

Wirkungszielkatalog für die Kinder- und Jugendhilfe.

[http://www.dresden.de/media/pdf/berichte/Dresdner Wirkungszielkatalog Mai](http://www.dresden.de/media/pdf/berichte/Dresdner_Wirkungszielkatalog_Mai_2006.pdf)

[2006.pdf](http://www.dresden.de/media/pdf/berichte/Dresdner_Wirkungszielkatalog_Mai_2006.pdf), verfügbar am 05.05.2011.

Landeshauptstadt Dresden (2011): Sozialatlas. 3. Fortschreibung.

[http://www.fachkraefteportal.info/media/files/sozialatlas\\_2009.pdf](http://www.fachkraefteportal.info/media/files/sozialatlas_2009.pdf), verfügbar  
am 15.06.2011.

## **Rechtsquellen**

GG vom 12. 2000, BGBl. I, S. 1755

KJHG vom 19.02.2007, BGBl. I, S. 122

Landesjugendhilfegesetz vom 29.09.1998, SächsGVBl. S. 261

## Selbstständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass diese Arbeit von mir angefertigt worden ist und keine Dritten mitgewirkt haben. Des Weiteren erkläre ich, dass ich keine Quellen benutzt habe, die nicht angegeben sind.

---

Ort, Datum und Unterschrift